

UNIVERSITÄT BASEL

UNIVERSITÄTSRAT

Die Universität Basel 2005–2008

**Bericht und Antrag des Universitätsrats an die
Regierungen der Kantone Basel-Stadt und
Basel-Landschaft für die Leistungsvereinbarung
2005-2008**

06. April 2004

Das Wichtigste in Kürze

Der Universitätsrat legt hiermit den Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sein Konzept für die Leistungsvereinbarung zwischen der Universität Basel und ihrer Trägerschaft für die Periode 2005–2008 vor.

Oberstes Ziel ist es, in Basel eine leistungs- und konkurrenzfähige, für Forschende, Lehrende und Studierende attraktive, aber nachhaltig finanzierte Universität zu betreiben. Dafür sind Verbesserungen im Leistungsangebot und bei der Infrastruktur unumgänglich. Der Universitätsrat veranschlagt dafür Mehrkosten von 16 Mio. Franken pro Jahr. Sie würden, zusammen mit dem bisher aufgelaufenen strukturellen Defizit der Universität, am Ende der Planperiode (2008) eine Finanzierungslücke in der Höhe von 23 Mio. Franken ergeben. Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der beiden Basel soll die Universität ihren Mehrbedarf mindestens teilweise durch eigene Beiträge erbringen. Der Universitätsrat hat diese Eigenleistung nach eingehender Analyse des Portfolios der Universität auf rund 12 Mio. Franken ausgelegt.

Am 22. Januar 2004 wurde eine erste Fassung dieses Konzepts der Universität zur Vernehmlassung vorgelegt. Nach sorgfältiger Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen bleibt das Grundkonzept der zwischen Trägerschaft und Universität zu teilenden Lasten bestehen. Auch an den Ausstattungsreduktionen bei den identifizierten Fächern wird festgehalten. Allerdings ist der Universitätsrat bereit, die in Ausarbeitung befindlichen Entwicklungspläne der besonders betroffenen Fakultäten zu berücksichtigen, falls sie seinen finanziellen und fachspezifischen Vorgaben entsprechen.

Anträge an die Trägerschaft für die Periode 2005-08

Der Universitätsrat nimmt zur Aufteilung der Kosten zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft nicht Stellung. In Summe umfassen seine Anträge:

- Fortführung der in den geltenden Verträgen vereinbarten Betriebsmittel.
- Erhöhung des Globalbeitrags um 11 Mio. Franken, entsprechend dem verbleibenden Fehlbetrag nach Verrechnung der Eigenleistung der Universität.
- Überführung von 6 Mio. Franken in den Globalbeitrag, entsprechend bisher der Betriebsrechnung der Universität belasteten Fremdmieten.
- Neu-Äufnung des Erneuerungsfonds im Ausmass der bereits disponierten Mittel (6 Mio. Franken).
- Erhöhung des jährlichen Beitrags an den Immobilienfonds.
- Bereitstellung der von der Universität benötigen Raumkapazitäten.
- Berücksichtigung der universitären Bauprojekte in der Investitionsplanung der Kantone.
- Festlegung eines Zeitplans für die Definition der Finanzströme und die Übertragung der Verantwortung in Bezug auf die Medizinische Fakultät an die Universität.

Interne Massnahmen der Universität für die Periode 2005-08

Der Universitätsrat bestätigt seine inhaltlichen Schwerpunkte und Vorgaben für die internen Umlagerungen und Einsparungen. Die Philosophisch-Historische und die Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät haben sich verpflichtet, bis Ende Juni 2004 fakultäre Entwicklungspläne auszuarbeiten. Der Universitätsrat wird auf diese Planungen eintreten, falls sie seinen Vorgaben genügen; sie unterliegen einem Genehmigungsvorbehalt von Universitätsrat und Rektorat. Sollten die Vorgaben nicht eingehalten werden, wird der Universitätsrat an seinem Konzept vom 22. Januar 2004 festhalten. In die Umsetzung der Massnahmen werden die Fakultäten verantwortlich miteinbezogen.

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen internen Massnahmen sowie die Veränderungen nach Auswertung der Vernehmlassung zusammen:

Vorschläge vom 22. Januar 2004	Definitives Konzept vom 7. April 2004
<i>Theologische Fakultät</i>	
Verstärkte Ausrichtung auf Religionswissenschaften.	Verstärkte Ausrichtung auf Religionswissenschaften.
<i>Juristische Fakultät</i>	
Verbesserung der Ausstattung um 1.2 Mio. Franken p.a.	Verbesserung der Ausstattung um 1.2 Mio. Franken p.a.
<i>Medizinische Fakultät</i>	
Sonderprojekt „Kooperation mit der Universität Bern“ in Vorbereitung. Transfer des Instituts für Sport und Sportwissenschaft (ISSW) an die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit.	Das Vorgehen im Hinblick auf die Analyse der Zusammenarbeit mit der Universität Bern ist geklärt. Klärung der Verantwortlichkeiten und der Finanzströme bis 31.12.2005. Das ISSW bleibt bei der Universität; Sicherstellung der Finanzierung durch Einführung des Numerus clausus für das Sportstudium.
<i>Philosophisch-Historische Fakultät</i>	
Schliessung der Slavistik; Einsparungen bei der Musikwissenschaft und der Ur- und Frühgeschichte Verbesserung der Ausstattung bei Gesellschaftswissenschaften (Soziologie, Medienwissenschaft) Departementsbildungen für Gesellschafts- und Altertumswissenschaften	Die Fakultät erarbeitet bis Ende Juni 2004 einen Entwicklungsplan unter Berücksichtigung von folgenden Vorgaben: <ul style="list-style-type: none">- Entlastung des Universitätsbudget um 1.65 Mio. Franken- Einsparungen bei den am 22.01. genannten Fächern (Slavistik, Musikwissenschaft, Ur- und Frühgeschichte)- Verzicht auf eigene Studiengänge Slavistik, Einbindung in Master-Studiengang Osteuropa, interuniversitäre Zusammenarbeit- Verbesserung der Ausstattung der Gesellschaftswissenschaften (Soziologie, Medienwissenschaft)- Departementsbildungen im Bereich der Gesellschafts- und Altertumswissenschaften
<i>Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät</i>	
Schliessung der Astronomie und der Geologie; Einsparungen bei der Mathematik, Kernphysik, Chemie, Pflanzenbiologie, Ur- und Frühgeschichte. Ausstattungsverbesserungen bei der Pharmazie, Informatik und Physik. Departementsbildungen in Umweltwissenschaften und Mathematik/Informatik.	Die Fakultät erarbeitet bis Ende Juni 2004 einen Entwicklungsplan unter Berücksichtigung von folgenden Vorgaben: <ul style="list-style-type: none">- Entlastung des Universitätsbudgets um 6 Mio. Franken.- Einsparungen bei den am 22.1. genannten Fachbereichen (Astronomie, Geologie, Mathematik, Kernphysik, Chemie, Pflanzenbiologie, Ur- und Frühgeschichte).- Aufhebung der Studiengänge Astronomie; Erhöhung Drittmittel und Stellenpooling mit Physik.- Integration der Geologie in das Departement Umweltwissenschaften.- Ausstattungsverbesserungen bei der Pharmazie, Informatik und Physik.- Bildung eines Departements Umweltwissenschaften und Prüfung eines Departements Mathematik/Informatik.

Vorschläge vom 22. Januar 2004	Definitives Konzept vom 7. April 2004
<i>Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät</i>	
Keine Massnahmen.	Keine Massnahmen.
<i>Fakultät für Psychologie</i>	
Verbesserung der Ausstattung um 0.6 Mio. Franken p.A.	Verbesserung der Ausstattung um 0.6 Mio. Franken p.a.
<i>Verwaltung und Infrastruktur</i>	
Einsparungen im Umfang von 1 Mio. Franken p.a.	Einsparungen im Umfang von 1 Mio. Franken p.a.
<i>Lohnmassnahmen</i>	
Zweimalige allgemeine Gehaltskürzung von je 1 %.	Erreichung des Sparziels von 3.6 Mio. Franken mittels Massnahmen beim Lohnstufenanstieg und beim Teuerungsausgleich.

Mit der Kombination der Anträge an die Trägerkantone einerseits und der inneruniversitären Massnahmen andererseits schliesst sich die Finanzlücke der Universität, gerechnet auf das Jahr 2008, planerisch.

Inhaltsverzeichnis

1	Worum es geht	S. 6
1.1	Die Leistungsvereinbarung 2005-2008	S. 6
1.2	Die Vorgeschichte des Portfolio-Berichtes	S. 6
1.3	Die Auswertung und Konsequenzen der Vernehmlassung	S. 7
1.4	Die Universitätspolitik beider Basel	S. 7
1.5	Wer trifft Entscheidungen über das Angebot?	S. 8
2	Ausgangslage	S. 8
2.1	Die Universität ist entwicklungsfähig,	S. 8
2.2	... wettbewerbsfähig,	S. 9
2.3	... will sich weiter entwickeln	S. 9
2.4	und hat ihre Finanzen im Griff	S. 9
2.5	Zielsetzung des Universitätsrats	S. 9
2.6	Kriterien und Grundlagen	S. 10
3	Die Finanzierungslücke	S. 11
3.1	Das Umfeld	S. 11
3.2	Die rechnerische Fortschreibung	S. 11
3.3	Mehrbedarf für dringende Verbesserungen	S. 12
4	Wie soll die Finanzierungslücke geschlossen werden: Grundsätze zuerst	S. 16
4.1	Kann die Universität nur fordern?	S. 16
4.2	Koordination zwischen Universitäten	S. 16
5	Wie soll die Finanzierungslücke konkret geschlossen werden?	S. 16
5.1	Ausstattungen der Gliederungseinheiten	S. 16
	Theologische Fakultät	S. 17
	Juristische Fakultät	S. 17
	Medizinische Fakultät	S. 17
	Philosophisch-Historische Fakultät	S. 18
	Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	S. 21
	Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	S. 24
	Fakultät für Psychologie	S. 24
	Europa-Institut	S. 24
5.2	Sparen und Priorisierung in der Verwaltung	S. 24
5.3	Solidaritätsabgabe auf den Gehältern	S. 24
5.4	Zur Durchführung der Ausstattungsreduktionen	S. 25
6	Weitere interne Massnahmen der Universität	S. 26
7	Einnahmenseitige Korrekturen	S. 27
7.1	Betriebsbeiträge resp. Globalbudgets	S. 27
7.2	Erneuerungsfonds	S. 27
7.3	Drittmittel	S. 28
7.4	Rekapitulation und Fehlbetrag	S. 28
8.	Immobilien	S. 29
8.1	Unterhalt	S. 29
8.2	Bauliche Investitionen	S. 29
8.3	Zusammenfassung Immobilien	S. 30
9	Antrag an die Regierungen	S. 30

- Anlagen:
- 1: Überblick über die Vernehmlassung
 - 2: Kriterien zur Diskussion des Fächerangebots
 - 3: Überblick über die Zusprachen aus dem Erneuerungsfonds
 - 4: Überblick über Nettobeitrag und Studierendenzahlen
 - 5: Beiträge an die Klinische Medizin aus univers. Beiträgen des Bundes und der Kantone
 - 6: Studiengänge der Universität Basel
 - 7: Veränderung von Ausstattungen 2005–08

Aus dem Bericht des Universitätsrats vom 22. Januar 2004, S. 5:

Es gibt Fragen in der Universität, die von gleicher oder grösserer Bedeutung sind als die finanziellen. Erwähnt seien das Verständnis und der Wandel von Wissenschaft und ihre Bedeutung in der Gesellschaft, die Qualität wissenschaftlicher Arbeit und die Möglichkeiten, sie zu fördern, die Intensität der Betreuung und der Förderung der Studierenden und des akademischen Nachwuchses, die Kultur der Zusammenarbeit und der Leistungsbereitschaft in der Universität und in ihren Gliederungseinheiten etc.

Wenn sich der Universitätsrat dazu in diesem Dokument wenig äussert, so reflektiert dies zum einen sein Verständnis der Verantwortungen, in welche sich die Leitungsorgane der Universität teilen. Der Universitätsrat ist zwar dafür verantwortlich, in Absprache mit den Trägerkantonen die finanziellen und organisatorischen Bedingungen zu schaffen, welche es der Universität ermöglichen, gute Leistungen zu erbringen. Die Qualität von Lehre und Forschung, die Verbesserung der internen Prozesse und Strukturen, der „Geist“, der sie beseelt, sind aber Sache der Universität und ihrer Organe selber.

1. Worum es geht

1.1 Die Leistungsvereinbarung 2005–2008

1995 hat der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt das geltende Universitätsgesetz erlassen. Eine der Neuerungen war damals – neben der Wiederherstellung der Rechtspersönlichkeit der Universität – der Wechsel zum Globalbudget. Wenig später machte die kantonale Politik geltend, einem Globalbeitrag des Kantons müssten vertraglich vereinbarte Leistungsziele der finanzierten Institutionen zugrunde liegen. So haben denn der Universitätsrat und der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erstmals 2000 eine Leistungsvereinbarung für die Jahre 2000–2002 abgeschlossen. Sie wurde nach ihrem Ablauf – u.a. weil die damals laufenden Verhandlungen zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über eine Vertiefung des Universitätsvertrages abgewartet werden sollten – mit Beschlüssen von Regierungsrat und Parlament ohne Änderungen verlängert.

Die Neuformulierung der Leistungsvereinbarung darf nicht länger aufgeschoben werden, sondern ist mit hoher Dringlichkeit für die Periode 2005–08 vorzunehmen. Denn die politischen und universitären Behörden

- müssen ihren gemeinsamen Willen dokumentieren, in der Region Basel eine gute und wettbewerbsfähige Universität, die für Forschende, Lehrende und Studierende attraktiv ist, nicht nur zu unterhalten, sondern weiter zu entwickeln, und
- insbesondere die Finanzierung für die vierjährige Laufzeit der Vereinbarung verlässlich sicherstellen.

1.2 Die Vorgeschichte des Portfolio-Berichtes

Der Universitätsrat, aber auch Rektorat, Rektoratskonferenz und Planungskommission der Universität, sind im Verlauf des Jahres 2003 zum Schluss gekommen, dass die bisherigen Entwicklungspläne („,75 Millionen plus“) derzeit nicht durchsetzbar sind, d.h., dass die darin eingesetzten Mittel der Universität nicht im vorgesehenen Umfang zur Verfügung gestellt werden. Der Universitätsrat hat daher am 18.09.2003 beschlossen, das Leistungsangebot und die Kosten der Universität zu überprüfen, die besonders dringenden Verbesserungen zu eruieren, aber auch Umlagerungen von Mitteln und Reduktionen des bestehenden Leistungsangebots zu erarbeiten. Die Universität wurde über die Einleitung und den geplanten Ablauf dieses Prozesses breit orientiert. Rektorat und Dekane waren in die Vorbereitungen und die Festlegung der Entscheidungskriterien einbezogen. Mit Beschluss vom 30.10.2003 wurden die Details des Verfahrens festgelegt. Die Dekane erklärten sich mit dem Vorgehen einverstanden, begrüssten die Festlegung von Prioritäten und Posterioritäten anstelle der bisher üblichen symmetrischen Sparmassnahmen, verzichteten aber von sich aus auf den Einbezug in die Portfolio-Arbeitsgruppe des Universitätsrates. Beigezogen wurden hingegen die Mitglieder des Rektorats und Vertreter der zentralen Verwaltung. Mehrere Male präsentierte der Präsident des Universitätsrats Ziele, Vorgehen und Termine in den Medien der Universität, Anfang Dezember auch vor der Regenz.

Nach einem intensiven Arbeitsprozess legte der Universitätsrat am 22. Januar einen ersten Bericht vor unter dem Titel „Die Universität Basel 2005–2008 – Bericht des Universitätsrats an die Universität über seine Vorschläge für die Leistungsvereinbarung 2005–2008 mit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft“. Dieser Bericht war für die universitätsinterne Stellungnahme bestimmt, wurde aber wegen des legitimen Interesses der Öffentlichkeit, und weil sich in einer Universität wichtige Fragen nicht nur intern diskutieren lassen, gleichzeitig den Medien und der Öffentlichkeit präsentiert.

Bekanntlich haben diese Vorschläge ein enormes Echo ausgelöst. Die betroffenen Bereiche und die Studierenden haben ihr legitimes Recht zur überwiegend kritischen Stellungnahme genutzt; auch Wissenschaftler/innen extra muros, Verbände, Gesellschaften, Botschaften, Ehemalige etc. wurden aufgefordert, gegen die vorgesehenen Schliessungen und Streichungen zu protestieren. Die Eingaben füllen Bände. Sie stehen den kantonalen Behörden sowie den Angehörigen der universitären Gremien zur Einsichtnahme offen. Anhang 1a und 1b geben tabellarische Übersichten über die eingegangenen Stellungnahmen (die internen Stellungnahmen der Fakultäten, der Gruppierungen und der Regenz sind auf der Uni-Homepage unter <<http://www.zuv.unibas.ch/uni/lvb20052008/>> zugänglich.)

Der Universitätsrat dankt an dieser Stelle für das Interesse am Wohlergehen der Universität, welches in den Stellungnahmen zum Ausdruck kommt, aber auch für die sorgfältige Arbeit, welche aus vielen der eingegangen Dokumente spricht. Er bittet um Verständnis, dass es ihm unmöglich ist, alle Aussagen zu kommentieren, geschweige denn alle Eingaben einzeln zu beantworten.

1.3 Die Auswertung und Konsequenzen der Vernehmlassung

Der Universitätsrat hat die Eingaben im Laufe des Monats März geprüft. Grosses Gewicht hat er den universitätsinternen Stellungnahmen beigemessen. Mit den Leitungen besonders betroffener Fakultäten wurden konstruktive Gespräche geführt. Auf diverse Vorschläge tritt der Universitätsrat materiell ein und viele der Gedanken, Einwände und Vorschläge der Vernehmlassung werden in diesem Bericht am geeigneten Ort kommentiert.

Der Universitätsrat hat in der Vernehmlassung keine Argumente gefunden, von seinem Konzept abzuweichen,

- eine nachhaltige Finanzierung für die Vereinbarungsperiode 2005–2008 zu fordern,
- eine Reihe von dringend notwendigen Verbesserungen vorzusehen,
- den ausgewiesenen Mehrbedarf teilweise durch universitätsinterne Umlagerungen und Einsparungen zu erbringen.

Allerdings ist er bereit, auf die Entwicklungspläne der besonders betroffenen Fakultäten einzutreten, falls sie seinen zeitlichen, finanziellen und fachlichen Vorgaben genügen. Diese fakultären Planungen unterliegen einem Genehmigungsvorbehalt, und der Universitätsrat wird auf seine Vorschläge vom 22. Januar zurückkommen, falls sie seinen Vorgaben nicht genügen.

Wie vorgesehen legt der Universitätsrat den beiden Kantonsregierungen seine Anträge für den Inhalt der Leistungsvereinbarungen 2005–2008 vor. Nachdrücklich wird betont, dass der Abschluss der Vereinbarung unter einem erheblichen Zeitdruck steht, muss doch schon das Budget 2005 auf dieser neuen, solideren Grundlage basieren können.

1.4 Die Universitätspolitik beider Basel

Die Leistungsvereinbarung wird mit dem Kanton Basel-Stadt – gesetzlich immer noch einziger Träger der Universität – abgeschlossen. Dennoch richtet der Universitätsrat seine Vorschläge an die Regierungen sowohl in Basel als auch in Liestal, da

- sich die Universität de facto immer mehr zu einer „Universität beider Basel“ entwickelt hat;
- sich der Universitätsrat, gewählt von den beiden Regierungen, nicht nur der Stadt, sondern beiden Kantonen verantwortlich fühlt;
- auch der Kanton Basel-Landschaft mit hohen und steigenden Beiträgen seine Mitverantwortung für die Universität, an der seine Studierenden das grösste Kontingent stellen, anerkannt hat;

- der Universitätsrat davon ausgeht, dass die anstehenden Entscheidungen beide Kantone *rechtzeitig* zu weiteren Schritten im Hinblick auf die Vertiefung ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Universität veranlassen.

Mit andern Worten: In diesem Bericht hält der Universitätsrat fest, was er von den beiden Kantonen *gesamthaft* für die Periode 2005–2008 erwartet; spezifisch wird er nur in wenigen Einzelfragen gesondert auf einen der Kantone eingehen. Wie die Verantwortung zwischen den beiden Basel aufgeteilt wird, welchen Einfluss dies auf den Universitätsvertrag haben könnte und wie schliesslich die Rechtsverhältnisse zwischen der Universität und den beiden Regierungen, Parlamenten etc. im Einzelnen allenfalls anzupassen wären, wird hierbei nicht diskutiert, sondern den Verhandlungen zwischen den Kantonen überlassen.

1.5 Wer trifft Entscheidungen über das Angebot?

Die Universität ist eine öffentlich-rechtliche Institution und Teil des „service public“. Das Universitätsgesetz verpflichtet zur Respektierung der Freiheit von Lehre und Forschung. Es hat aber dem Universitätsrat, dem von beiden Regierungen eingesetzten obersten Aufsichts- und Entscheidungsorgan, die Kompetenz zur Festlegung der strategischen Schwerpunkte, die Verantwortung für die Finanzierung sowie für die Schaffung und Aufhebung von Lehrgängen übertragen.

Mit der neuen Leistungsvereinbarung müssen Weichen gestellt werden. Der Universitätsrat ist willens, seiner gesetzlichen Verantwortung gerecht zu werden, erachtet es aber in Anbetracht der Bedeutung der Universität für beide Kantone als sinnvoll, dass das Studienangebot letztlich *auch* von den Trägern debattiert wird. Die grundsätzlichen Weichenstellungen, nicht aber die Details, müssen im Einklang mit den politischen Behörden entschieden werden. Dem trägt die Bezugnahme der Leistungsvereinbarung 2005–08 auf das vorliegende Konzept Rechnung. Konsequenterweise wird der Universitätsrat vor der Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung, die seiner Meinung nach im Sommer 2004 erfolgen muss, keine „faits accomplis“ schaffen.

Dieser Bericht umschreibt die Stossrichtung der für die in der Periode 2005–08 zu treffenden Entscheidungen. Er will die Gedankengänge des Universitätsrats transparent und nachvollziehbar, aber ohne allzu detaillierte Ausführlichkeit darstellen. Naturgemäss sind manche Vorschläge Teile eines Prozesses, zu dem es gehört, dass Einzelheiten, Zeitpläne und finanzielle Kennzahlen fortlaufend verfeinert werden. Die finanziellen Werte dieses Berichtes haben den Stellenwert von Zielgrössen. Faktoren wie etwa die Entwicklung von Studierendenzahlen können Abweichungen von den Grundannahmen bewirken, und zwar in beide Richtungen.

2. Ausgangslage

2.1 Die Universität ist entwicklungsfähig,

Die Universität hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie sich entwickeln kann:

- Sie hat ihr Angebot ergänzt und bietet den Studierenden in Lehre und Forschung mit Erfolg Neues an (bspw. Informatik inkl. Bioinformatik, Nanowissenschaften, Pflegewissenschaften, Jüdische Studien, Orientierungsfächer, Medienwissenschaft etc.).
- Sie hat die Methoden und die Infrastrukturen der Lehre kontinuierlich reformiert und verbessert (Bologna-Reform, Reform des Medizinstudiums, Sprachenzentrum, E-Learning, IT-Infrastrukturen, Hochschuldidaktik, Weiterbildung).
- Sie hat in den letzten Jahren eine gut funktionierende Verwaltungs- und Stabsstruktur aufgebaut, die im Vergleich mit andern Universitäten kostengünstig geblieben ist.
- Sie hat räumliche Infrastrukturen deutlich verbessert (Kollegienhaus, Pharmazentrum, Psychologie, Geographie, Departement für Klinisch-Biologische Wissenschaften, Informatik).

2.2 ... wettbewerbsfähig,

Die Universität hat ihre Stellung im schweizerischen und internationalen Wettbewerb gefestigt. Dafür gibt es positive Indikatoren und Signale: Bedeutende Preise und Ehrungen, gute Ergebnisse einzelner Fächer bei „peer reviews“, gute bis sehr gute Resultate bei Umfragen, Wertungen und „rankings“. Natürlich gibt es auch Bereiche, für die diese positiven Aussagen so noch nicht gelten.

Ein wichtiger Indikator ist die Zahl der Studierenden, die Ende der 90er Jahre stagnierte, ja zurückging, jetzt aber wieder deutlich steigt, und zwar von rund 7‘600 vor zwei Jahren auf 8‘720 im Wintersemester 2003/04.

2.3 ... will sich weiter entwickeln

Im Einklang mit den politischen Stimmen der Region hat die Universitätsleitung eine aktive und expansive Entwicklung der Universität angestrebt. Dies hat im Programm „75 Millionen plus“, publiziert im November 2001, seinen Niederschlag gefunden. Das Programm ging von Steigerungen der Bundesbeiträge, der Drittmittel und der Beiträge beider Basel um je 5 Mio. Franken jährlich während 5 Jahren aus.

Diese Erwartungen mögen am oberen Ende des Möglichen gelegen haben. Allerdings gilt der Nachholbedarf bei der Finanzierung der Hochschulen in der eidgenössischen Politik im Allgemeinen und in Basel im Besonderen als weitgehend unbestritten. Die beiden Basler Regierungen haben denn auch zur Beantwortung der vom Universitätsrat gestellten Finanzierungsfrage Verhandlungen aufgenommen, mit dem Ziel der Weiterentwicklung des Universitätsvertrags.

2.4 ... und hat ihre Finanzen im Griff

Die Transparenz der Finanzen der Basler Universität hat ein hohes Niveau erreicht.

Die Universität hat ihren Ausbau dank wirksamer Ausgabenplanung und Kostenkontrolle ohne grösste Defizite und ohne Verschuldung vornehmen können. Auch für das Jahr 2003 wird sie eine ausgeglichene Rechnung vorlegen. Allerdings ist dies in den letzten Jahren immer schwieriger geworden; der Rechnungsausgleich 2003 war nur durch erhebliche Sparanstrengungen der Universität und letztlich dank Sondermitteln des Kantons Basel-Stadt möglich.

Beide Kantone haben immer wieder viel beigetragen. Die jährlichen Budgetberichte resp. Globalbeiträge an die Universität sind in den Parlamenten in der Regel wohlwollend angenommen worden. Der Kanton Basel-Landschaft hat auf das Jahr 2001 hin seinen Globalbeitrag um 11.7 Mio. Franken erhöht (darin enthalten die Integration von MGU mit 2.3 Mio. Franken ab dem Jahr 2003). Der Kanton Basel-Stadt seinerseits hat viele grössere und kleinere bauliche Investitionsprojekte verabschiedet und realisiert. Verschiedentlich sind Überbrückungs- und Sonderbeiträge gesprochen worden. Dennoch hat die Universitätsleitung in den Budgets und in der Betriebsführung zu immer härteren Massnahmen greifen müssen, um ausgeglichene Rechnungen zu ermöglichen.

2.5 Zielsetzung des Universitätsrats

Als universitätspolitische Zielsetzung für die Vereinbarungsperiode 2005–2008 sind für den Universitätsrat folgende Prinzipien wegleitend:

- Proaktive Verteidigung, ja wo möglich Stärkung des Profils eines exzellenten Life-Sciences-Schwerpunkts, auch im Hinblick auf das Zentrum für Systembiologie, das in Basel neu aufgebaut wird.
- Verbesserung der Position in rechts- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Dies ist in Basel schon lange nötig und wird in der schweizerischen Wissenschaftspolitik allgemein gefordert. Die Gesellschaftswissenschaften erfreuen sich reger studentischer Nachfrage und hohen gesellschaftlichen Interesses. Sie treten mit dem universitären Schwerpunkt „Kultur“ in enge Beziehung.
- Weiterführung der Verbesserung der Lehre; konsequente Umsetzung der „Bologna“-Reform.

- Reduktion des Mitteleinsatzes in Disziplinen, welche in der Kriteriendiskussion (s.u. und Anhang 2) weiter hinten rangieren, oder die zu entwickeln ausserhalb der finanziellen Möglichkeiten der Universität liegen.

Um die Finanzierungslücke unter Beachtung der genannten Zielsetzung zu schliessen, hat der Universitätsrat folgendermassen entschieden:

- Er akzeptiert die Herausforderung, selber einen Mittelweg zwischen den akademischen Notwendigkeiten der Universität und den finanziellen Möglichkeiten der beiden Basel zu finden.
- Er definiert sowohl die notwendigsten Verbesserungen als auch akzeptierbare Umlagerungen und Redimensionierungen.
- Er sieht von der radikalen Lösung ab, eine ganze Fakultät oder grössere Fächergruppen zu schliessen. Zu viele Argumente sprechen dagegen. Die Massnahme wäre nicht mehr korrigierbar, auch wenn sich künftig wirtschaftliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen und Präferenzen wieder ändern sollten. Gliederungseinheiten der Universität verursachen nicht nur Kosten, sondern erzielen auch Einnahmen; letztere fallen bei Schliessungen naturgemäss ebenfalls weg. Der finanzielle Netto-Effekt radikaler Massnahmen ist darum bedeutend kleiner als die Bruttokosten einer zu schliessenden Organisation. Zudem würden erhebliche Zusatzkosten für die Trägerkantone entstehen, indem diese aufgrund der IUV-Vereinbarung Kosten für das auswärtige Studium der hiesigen Jugend übernehmen müssten.

Der Universitätsrat sieht darum eine Kombination von Massnahmen vor, um Einnahmen und Ausgaben in Balance zu halten:

- *Die Umgruppierung resp. organisatorische Verbindung von Einheiten, um kritische Grössen zu erreichen.* Damit können bei künftigen personellen Entscheidungen sowohl Lücken gefüllt als auch Schwerpunkte gebildet und Fokussierungen leichter verwirklicht werden. Solche Umgruppierungen bringen für sich allein kaum Einsparungen, ermöglichen aber klarere Ausrichtungen und inhaltliche Stärkungen.

Die Reduktion der Ausstattung einzelner Fächer. Diese Entscheidungen wurden anhand eines mehrfach öffentlich erläuterten Kriterienkatalogs getroffen (vgl. Anhang 2). Dabei war die „Nachfrage“ ein wichtiges, aber nicht das alleinige Argument des Universitätsrats. So werden auch, von den Studierendenzahlen her gesehen, eher kleine Fächer (bspw. Klassische Philologie, Ägyptologie) nicht tangiert, weil spezielle kulturelle oder wirtschaftliche Gründe des Basler Umfeldes dies rechtfertigen. Der Universitätsrat ist sich bewusst, dass seine Reduktionsentscheide auch Bereiche betreffen können, in denen exzellente Arbeit geleistet wird.

- *Sparen und Priorisierung in der Verwaltung.*
- *Eine allgemeine Solidaritätsabgabe auf den Gehältern.*
- *Verbesserungen auf der Einnahmenseite.*

2.6 Kriterien und Grundlagen

Der Universitätsrat hat im vergangenen Herbst eine Reihe von Kriterien für die Diskussion des universitären Angebots publiziert (vgl. Anhang 2). Dieser Kriterienkatalog diente dazu, bei der Analyse die wichtigen Aspekte nicht zu übersehen. Wiederholt wurde aber darauf hingewiesen, dass die Kriterien nicht schematisch angewendet, tabellarisch erfasst oder „aufaddiert“ werden können; ebenso bleibt bei der Beurteilung immer ein Ermessensspielraum übrig.

Das Argument „Nachfrage, ausgedrückt in Studierendenzahlen“ ist von Gewicht, da die Ausbildung von Studierenden für die Trägerschaft die Hauptaufgabe der Universität darstellt. Von diesem Kriterium wird auch die Zuteilung der Bundesmittel stark beeinflusst. Im Anhang 4 werden lediglich die Hauptfachstudierenden aufgelistet, weil die Erfassung der Nebenfachstudierenden nicht in allen Fakultäten nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgt. Ohnehin wäre für die Messung der erbrachten Lehrleistung die Erfassung der erteilten Kreditpunkte wünschenswert; die Universität verfügt über diese Werte aber leider noch nicht durchgängig.

3. Die Finanzierungslücke

Heute gehen die Projektionen des Universitätsrats von einer Finanzierungslücke aus, die im Jahre 2008, also am Ende der neuen Vereinbarungsperiode, über 23 Mio. Franken zu betragen droht. Sie ergibt sich aus der rechnerischen Fortschreibung der Ausgangslage (Details siehe unten Kap. 3.2) und der Summe der notwendigsten Verbesserungen und Anpassungen (Details siehe unten Kap. 3.3).

3.1 Das Umfeld

Bei der Entlassung der Universität in die Autonomie mit der damaligen Festlegung der Globalbeiträge war man sich der Mängel der Ausstattung und der daraus resultierenden Wettbewerbsnachteile der Basler Universität zu wenig bewusst. Die Universität muss seit 1996 mit einem Globalbeitrag von Basel-Stadt auskommen, der gleich hoch geblieben und nicht einmal der Teuerung angepasst worden ist. Im Laufe des Jahres 2003 musste eingesehen werden, dass die Universität zwar ihr Modernisierungs- und Entwicklungsprogramm weitergeführt hat, dass aber

- die Erhöhung der Bundesbeiträge spürbar tiefer ausfallen würde, als in „75 Millionen plus“ angenommen,
- trotz anfänglich positiven Signalen – auch zum Programm „75 Millionen plus“ – die Verhandlungen zwischen den beiden Basel länger dauern und schwieriger sind, als es die Universität erhofft hatte,
- in beiden Basler Kantonen weitere Sparmassnahmen bei den öffentlichen Leistungen in Prüfung sind.

Zwar einigten sich die Kantone darauf, einen neuen Immobilienfonds mit einem Beitrag des Kantons Basel-Landschaft und einer Erhöhung der Mitverantwortung der Universität zu schaffen; er verbessert aber die finanzielle Situation der Universität in keiner Weise. Um die Realisierung wichtiger Projekte zu ermöglichen, hat die Universität über ihr Betriebsbudget immer wieder erhebliche Beiträge geleistet, bspw. an die Renovation des Kollegienhauses und an die Errichtung des Lehr- und Forschungszentrums Mattenstrasse. Ferner hat sie zur Aufrechterhaltung des Betriebs in neuen oder sich stark entwickelnden Fächern wie Psychologie, Medienwissenschaften, Geographie, Pflege- und Sportwissenschaften Büro- und Laborflächen auf eigene Kosten zugemietet, wenn auch immer nur der Not gehorchend und mit grosser Zurückhaltung. Der Universitätsrat erachtet nun den Zeitpunkt als gekommen, diese eigentlich den Trägerkantonen zukommende Aufgabe mittels Globalbeitragserhöhung ins Betriebsbudget einzubauen.

3.2 Die rechnerische Fortschreibung

Als Basis für die Berechnung des Finanzbedarfs der Universität für die Periode 2005–08 gilt das Leistungs-, d.h. Fächerangebot, welches dem Budget 2004 zugrunde liegt. Die Fortschreibung erfolgte rechnerisch unter folgenden Annahmen:

- Der Personalaufwand steigt wegen Stufenanstieg und Teuerung; als Teuerung wurde 1 % p.a. angenommen.
- Der Sachaufwand steigt im Rahmen der Teuerung.
- Der Beitrag des Bundes steigt gemäss den Beschlüssen der eidgenössischen Räte zur BFT-Botschaft 2004–2007.
- Die Beiträge der übrigen Kantone (IUV) steigen von 27.7 Mio. (Budgetbericht 2004) auf 29,5 Mio. Franken; dem liegt die Prognose von weiterhin steigenden Studierendenzahlen zugrunde.
- Der mehrmals gesprochene Sonderbeitrag des Kantons Basel-Stadt ist ab 2005 nicht mehr in die Projektion eingesetzt (2003: 3 Mio. Franken, 2004: 3,5 Mio. Franken).
- Die Fremdmieten (2004: 6,2 Mio. Franken) werden trägerseitig übernommen.

Durch Drittmittel und aus dem Erneuerungsfonds finanzierte Leistungen und Funktionen wurden rechnerisch nur weitergeführt, sofern die entsprechenden Finanzierungsentscheide bereits getroffen worden sind (vgl. Anhang 3). In dieser Fortschreibung sind die in Kap. 3.3. aufgeführten Anpassungen und Verbesserungen noch nicht berücksichtigt.

Tab. 1 zeigt – unter den genannten Annahmen – die Entwicklung von Aufwand, Ertrag und Fehlbetrag über die Jahre 2005 bis 2008.

Tab. 1: Rechnerische Entwicklung des Aufwands und des Fehlbetrags

in Mio. Franken	Freigabe 2003	Eckwerte 2004	Wert 2005	Wert 2008
Nettoaufwand	204,5	209,5	212,1	221,3
Beiträge staatl. Träger	202,3	207,0	206,1	214,1
Fehlbetrag	- 2,2	- 2,5	- 6,0	- 7,2

Das Einfrieren des universitären Leistungsangebots auf diesem Niveau ist allerdings keine akzeptable Option und hätte für bedeutende Teile der Universität den Verlust der Konkurrenzfähigkeit zur Folge.

3.3 Mehrbedarf für dringende Verbesserungen

Um die Qualität des Leistungsangebots zu gewährleisten und insbesondere um gewisse Studiengänge den Bedürfnissen der Studierenden anzupassen, sind Ausbaumassnahmen notwendig. Auch in finanziell schwierigen Zeiten muss die Universität bewegungsfähig bleiben, denn Stillstand bedeutet für sie Rückschritt. Die dringenden Verbesserungen, die der Universitätsrat – im Rahmen des Möglichen – vorsieht, dienen

- der Stärkung des Schwerpunktes Life Sciences, der Rechts- und Gesellschaftswissenschaften,
- der Unterstützung der Lehre generell, besonders in Fächern mit grossen Studierendenzahlen,
- der Weiterführung von Programmen, deren Finanzierung für die Planperiode noch nicht sichergestellt ist.

Die am 22. Januar vorgeschlagenen Verbesserungsmassnahmen sind in der Vernehmlassung kaum bestritten worden. Lediglich die Philosophisch-Historische Fakultät beklagt eine Bevorzugung der Life Sciences, und die Juristische Fakultät erachtet die Erhöhung ihrer Mittel immer noch als ungenügend.

Der Universitätsrat hält an seinem Ausbauprogramm fest. Es wird schrittweise verwirklicht, soll im Jahre 2008 einen Umfang von 16.2 Mio. Franken betragen und besteht aus folgenden Elementen:

Laufende Berufungen

Vakante Ordinariate sind mit gut qualifizierten Kräften zu besetzen; dies bedingt die genügende Ausstattung mit Personal und Betriebsmitteln. Für die Ausstattung von neuen Professuren werden 2 Mio. Franken p.a. (ab 2005) zur Verfügung gestellt.

Jurisprudenz

Die Juristische Fakultät gehört seit 1460 zur Basler Universität. Sie hat sich immer wieder durch herausragende Persönlichkeiten und Leistungen ausgezeichnet. Ihre Bedeutung als regionale Ausbildungsstätte ist gross, ihr Anspruch muss allerdings weiter gehen. Sie hat sich mit bezüglich Ausstattung und Leistung stärkeren Konkurrentinnen zu messen. Die studentische Nachfrage ist mit über 1200 Studierenden gross. In der Schweizer Hochschullandschaft besteht kein Überangebot an juristischen Fakultäten.

Zur Sicherstellung der Reform der Lehre (Bologna), zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Fakultät und zur Verbreiterung ihrer wissenschaftlichen Basis besteht ein (Nachhol-)Bedarf an Mitteln. Die bessere Ausstattung von 1.2 Mio. Franken (Zielwert 2008; Mehrmittel im Budget 2004 bereits 0.6 Mio. Franken) wird an folgende Auflagen geknüpft:

- Einführung „Bologna“-kompatibler Studiengänge in der Vereinbarungsperiode, Masterstudiengang spätestens ab 2007,
- zu verstärkende Forschungstätigkeit,
- Qualitätssicherung in der Lehre.

Die zusätzlichen Mittel sind prioritär für die Einführung der Bologna-Studiengänge einzusetzen. Dem Wunsch der Fakultät nach über die vorgesehenen Massnahmen hinausgehenden Zusatzmitteln kann unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen vorläufig nicht entsprochen werden, obwohl die Ausstattung zugegebenermaßen immer noch knapp bemessen ist.

Medizin

Zur Medizin grundsätzlich vgl. die Ausführungen S 17f.

Der Bereich „Public Health“ (Sozial- und Präventivmedizin, Medizin-Ethik, Pflegewissenschaften etc.) muss prinzipiell, aber auch im Hinblick auf die Akkreditierung der Studiengänge ausgebaut werden. Die dafür vorgesehene Finanzierung aus dem Universitätsbudget (2.0 Mio. Franken, Zielwert 2008) stellt eine Vorleistung der Universität im Hinblick auf eine Regelung der Gesamtfrage „Klinische Medizin“ dar. Mittelfristig sind diese Mehrkosten durch Verschiebungen aus der Klinischen Medizin zu kompensieren. Die Pflegewissenschaften (mit Kosten von 1 Mio. Franken p.a.) werden im Rahmen des wissenschaftlichen Angebots „Public Health“ ins Fakultätsbudget integriert.

Soziologie

Die Soziologie ist im Basler Gesamtprofil bisher stiefmütterlich behandelt worden. Eine entsprechende Stärkung würde Basel im Wettbewerb um Studierende deutlich besser stellen, da die gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen stark nachgefragt werden. Schon heute – bei ungenügender Ausstattung – liegt die Gesamtzahl der Studierenden weit über 300. Seit einiger Zeit sind Bestrebungen im Gange, innerhalb der Philosophisch-Historischen Fakultät ein starkes gesellschaftswissenschaftliches Departement entstehen zu lassen. Die Fakultät hat einen Teil der benötigten Mehrmittel durch Umlagerungen aus den Philologien selber bereitgestellt.

Die Soziologie ist heute fachlich, aber auch bezogen auf die Betreuungsverhältnisse zu schwach ausgestattet. Auch nach der im Jahr 2003 bewilligten zweiten Soziologie-Professur besteht zusätzlicher Nachholbedarf (Zusatz 0.4 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Medienwissenschaften

Die Medienwissenschaften gehören wie die Soziologie zu den bisher vernachlässigten Gesellschaftswissenschaften. Bisher in Basel nur als Nebenfach vertreten, haben sie mit über 400 Studierenden rasch grosse Nachfrage erfahren.

Die Medienwissenschaften sind heute fachlich, aber auch bezogen auf die Betreuungsverhältnisse zu schwach ausgestattet. Für das Hauptfachstudium hat der Universitätsrat bereits 2003 die Besetzung einer zweiten Professur bewilligt; derzeit läuft das Berufungsverfahren. Nachholbedarf ist aber weiter vorhanden (Zusatz 0.4 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Pharmazie

Die Pharmazie gehört zum Life-Sciences-Schwerpunkt und bildet – wie die Medizin – eine wichtige Brücke zwischen Grundlagenforschung und klinischen Anwendungen. Die Pharmazie hat ihre wissenschaftliche Ausrichtung in den letzten Jahren erfolgreich modernisiert und dadurch ihre Verbindung mit der regionalen Wirtschaft weiter intensiviert. In der schweizerischen Hochschullandschaft gilt die institutionalisierte Zusammenarbeit mit der ETH Zürich als beispielhaft. Nun ist darauf zu achten, dass die Qualität von Lehre und Forschung weiter gesteigert wird, um die Wettbewerbsfähigkeit des Basler Teils zu stärken. Die internen Vernetzungen sind in Basel vielfältig (Chemie, Biozentrum) und weiter ausbaubar. Die studentische Nachfrage hat steigende Tendenz.

Trotz der Zusammenarbeit mit der ETH Zürich und der erfolgreichen neuen Positionierung müssen Ausstattung und Betreuungsverhältnisse verbessert werden, um die Konkurrenzfähigkeit Basels zu erhalten und die interne Vernetzung zu sichern (Zusatz 0.9 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Physik / Nationaler Forschungsschwerpunkt (NCCR) „Nanotechnologie“

Die Physik hat in Basel verschiedentlich Herausragendes geleistet. Zwei Entwicklungen setzen diese Tradition fort:

1. *Der NCCR „Nanotechnologie“ Basel ist nationales „leading house“ und spielt eine weltweit führende Rolle. Die enge Verzahnung des NCCR mit den Life Sciences passt ins Basler Profil. Der departementsübergreifende, mit Chemie und Biozentrum konzipierte Lehrgang hat im 2. Jahr bereits 52 Studierende. Der Nano-Schwerpunkt ist im Umfeld des kommenden Zentrums für Systembiologie und der vereinbarten Zusammenarbeit mit der ETH und der Universität Zürich („SystemsX“) von grossem Wert und enthält auch wirtschaftliches Potenzial.*
2. *Eine theoretische Forschungsgruppe auf dem Gebiet der Quanteninformation („Quantum Computing and Quantum Coherence QC“) wurde erfolgreich aufgebaut. Sie hat Weltrang. Auch hier eröffnet sich ein erhebliches Technologiepotenzial, was sich bereits jetzt in hohen Drittmitteln äussert. Es gilt, die Gruppe institutionell zu stärken.*

Ein Eigenbeitrag der Universität für die Weiterführung des NCCR und die Sicherstellung der hochrangigen Forschung – bisher teilweise aus dem Erneuerungsfonds finanziert – muss erbracht werden (Zusatz 0.8 Mio. Franken ab 2005).

Informatik

Trotz des allgegenwärtigen Einflusses der Informatik hat die Universität Basel lange auf die Errichtung eines entsprechenden Departements verzichtet. Erst eine erhebliche Teilfinanzierung durch Stiftungen ermöglichte die Schaffung eines entsprechenden Studienangebots. Das Studium erfreut sich schon im ersten Jahr guter Nachfrage, die wahrscheinlich noch steigen wird. Informatik darf zu den Grundlagenwissenschaften des 21. Jahrhunderts gezählt werden und ist zu einem unverzichtbaren Teil des Basler Angebots geworden.

Bis zum Abschluss eines vollen Curriculums und seiner Auswertung, d.h. bis 2008, ist die weitere Finanzierung durch Drittmittel sicherzustellen (je 1.4 Mio. Franken für die Jahre 2007/08). Von Seiten der Universität sind für die Jahre 2007 und 2008 je 1 Mio. Franken zusätzlich einzusetzen. Die volle Integration ins Universitätsbudget ist ab 2009 anzustreben. Die Zusammenarbeit mit den Fachinformatikern in andern Departementen ist zu fördern.

Psychologie

Die Psychologie gehört in den Kreis der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, welche in Basel lange vernachlässigt wurden. Basel hat sich so von dieser erheblichen studentischen Nachfrage selber ausgeschlossen. Dank ihrer Neu-Konzipierung gehört die Psychologie heute mit gegen 700 Studierenden zu den am stärksten wachsenden Bereichen der Universität. Der praxisorientierte Basler Studiengang erweist sich als gute Grundlage für die Berufslaufbahn der Studierenden. In der Schweiz besteht kein Überangebot an Ausbildungsstätten.

Die Fakultät für Psychologie hat sich personell und fachlich erfolgreich entwickelt, was sich auch in der Aufwandentwicklung zeigt (Zunahme 2004 im Vgl. zu 2000: 2,4 Mio. Franken). Sie ist aber bezogen auf die Betreuungsverhältnisse noch nicht ausreichend ausgestattet (Zusatz 0.6 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Mittel zur Unterstützung der Lehre

Seit der strategischen Planung von 1997 legt die Universität Basel Gewicht auf eine schrittweise Modernisierung der Lehre, um im schweizerischen und internationalen Wettbewerb zu bestehen. Bei der Umsetzung der „Bologna“-Reform ist sie unter den Schweizer Volluniversitäten führend.

Es sind Mittel bereitzustellen, um in den Fakultäten moderne Lerntechnologien, verstärkte Angebote auf Graduiertenstufe, Evaluationen und Qualitätssicherungen zu finanzieren (Zusatz 1.4 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Universitätsbibliothek

Die Universitätsbibliothek (UB) ist ein unerlässlicher Teil der Infrastruktur für Lehre und Forschung. Sie steht in enger Verbindung zu allen Fakultäten. Die Zusammenarbeit mit dezentralisierten Fachbibliotheken ist effektiv und effizient. Doppelspurigkeiten sind weitgehend eliminiert. Die Vernetzung mit schweizerischen Bibliotheken ist eng.

Das UB-Budget ist über die vergangenen Jahre nominal konstant gehalten worden, somit aber real gesunken. Die wissenschaftlichen Medien erfuhren gleichzeitig enorme Preissteigerungen; teilweise konnte dies durch Eigenleistungen (bspw. die Ablösung vom teureren kantonalen EDV-System) aufgefangen werden. Um der UB zu ermöglichen, ihrem Auftrag weiterhin gerecht zu werden, müssen die Mittel heraufgesetzt werden (Zusatz 2.0 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Informationstechnologie

Die IT-Infrastruktur der Universität – auch sie unerlässlich für Lehre, Forschung, Verwaltung und Kommunikation – hat in den letzten Jahren einen eigentlichen Quantensprung erfahren. Nur dank Umsicht und Sparsamkeit ist er nicht grösser resp. teurer ausgefallen. IT wird aber ein Gebiet bleiben, wo Lücken gefüllt oder neue Aktivitäten aufgenommen werden müssen.

Die kritischen Verhältnisse bei Personal und Betriebsmitteln müssen verbessert werden (Zusatz 0.5 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Apparate-Investitionen

Grundlage vieler Forschungstätigkeiten sind moderne Apparaturen. Gerade hier hat die Universitätsleitung in den letzten Jahren drastische Kürzungen vornehmen müssen, um die Jahresbudgets ausgeglichen zu halten.

Die Unterfinanzierung der apparativen Ausstattung muss zumindest teilweise aufgehoben werden (Zusatz 3.0 Mio. Franken, Zielwert 2008).

Zusammenfassung der Anpassungen und Verbesserungen

Die für Verbesserungen und Anpassungen benötigten zusätzlichen Mittel betragen im Planjahr 2005 7.4 Mio. Franken und steigen bis zum Planjahr 2008 auf 16.2 Mio. Franken. Im gleichen Ausmass nehmen die Fehlbeträge zu: Im Jahr 2005 belaufen sie sich auf 13.4 Mio. Franken, im Jahr 2008 auf 23.4 Mio. Franken.

Tab.2: Entwicklung von Aufwand und Fehlbetrag nach Modernisierungen und Verbesserungen(Betrieb ohne Fremdmieten, Erneuerungs-, und Immobilienfonds)

Mio. Franken	Freigabe 2003	Eckwerte 2004	Wert 2005	Wert 2008
Fehlbetrag rechnerisch (vgl. Tab. 1)	- 2.2	- 2.5	- 6.0	- 7.2
Modernisierungen und Verbesserungen			- 7.4	- 16.2
Fehlbetrag nach Verbesserungen			- 13.4	- 23.4

4. Wie soll die Finanzierungslücke geschlossen werden: Grundsätze zuerst

4.1 Kann die Universität nur fordern?

Weitere Ausbauten mit finanziellen Konsequenzen als in Kap. 3.3 zusammengestellt, wären für die Universität in manchen Fällen sowohl wünschbar als auch sachlich vertretbar. Dies umso mehr, als eine Universität in ihrer volkswirtschaftlichen Umgebung nicht bloss Kosten verursacht, sondern auch Erträge erzeugt: Jeder von den beiden Basel beigesteuerte Franken generiert nämlich mehr als einen zusätzlichen Franken aus eidgenössischen und dritten Quellen. Dieser volkswirtschaftliche Gesamteffekt ist bedeutend; dies haben Inzidenzanalysen in Basel und anderswo belegt.

Es gab in den Vernehmlassungen Stimmen, welche grundsätzlich und ausschliesslich die Deckung des Mittelbedarfs durch die Träger fordern und sich gegen jeden Sparbeitrag von Seiten der Universität stellen. Der Universitätsrat erachtet eine solche Forderungshaltung weder als verantwortbar noch als realistisch. Die finanziellen Engpässe der beiden Basel müssen ernst genommen werden. Die Universität darf derzeit nicht nur fordern, sondern muss einen Mittelweg gehen, der in der politischen und finanziellen Situation der Trägerkantone verantwortbar ist. Beide Regierungen haben wiederholt betont, bei allem Verständnis für Wünsche und Bedürfnisse der Universität sei der finanzielle Spielraum eng und einem „Ausbau“ müsse ein „Umbau“ vorangehen resp. die Universität müsse ihr historisch gewachsene, vielfältiges Angebot kritisch hinterfragen und auch straffen.

Darum hat der Universitätsrat beschlossen, dass ein Teil des ausgewiesenen Mehrbedarfs von der Universität selber erbracht werden muss. Umlagerungs- oder Abbaumassnahmen sind zwar schmerzlich, aber zu verantworten, denn

- wenn Mittel oder die Nachfrage nach Angeboten zurückgehen, müssen auch Universitäten akzeptieren, dass sie nicht alles weiterführen können,
- Ausstattungen von Fächern der Universität Basel sind allzu stark von historischen Entwicklungen und Besitzstandssituationen geprägt; Reallokationen fanden bisher selten statt,
- sowohl die regionale als auch die eidgenössische Politik fordern Portfoliobereinigungen im Schweizer Hochschulwesen.

4.2 Koordination zwischen Universitäten

Als der Universitätsrat am 22. Januar u.a. die Schliessung dreier Institute vorschlug, ging er davon aus, in der kleinräumigen und verkehrsmässig gut erschlossenen Schweiz könnte akzeptiert werden, wenn einzelne kleinere Fächer nicht von allen Universitäten angeboten würden. Gewiss wäre dafür die Koordination mit andern Universitäten wünschbar. Die Universität Basel kann aber in ihrer speziellen Situation nicht noch lange zuwarten und muss deshalb erste Schritte selber unternehmen. Dieses einseitige Vorgehen wurde in der Vernehmlassung kritisiert. Zudem wurde unterstrichen, statt gänzlicher Schliessungen sei wirksame Koordination ebenso zielführend.

Der Universitätsrat ist bereit, bei der Umsetzung seines Konzepts Chancen zur Kooperation mit anderen Universitäten zu nutzen. Allerdings müssen klare Bedingungen erfüllt sein, z.B. Absprache und Ausgleich von Kapazitäten, koordinierte Studiengänge, Nutzung personeller Ressourcen (Doppelprofessuren u.ä.), Einsparungen in vorgegebener Höhe, Realisierung im Zeitraum der Leistungsvereinbarung. Der Universitätsrat erwartet von den betroffenen Fakultäten, dass sie – unterstützt vom Rektorat – konkrete Möglichkeiten aufzeigen, die auch von der jeweiligen Partneruniversität mitgetragen werden.

5. Wie soll die Finanzierungslücke konkret geschlossen werden?

5.1 Ausstattungen der Gliederungseinheiten

Im Folgenden wird das künftige universitäre Leistungsangebots dargestellt. Um einen Gesamtüberblick zu ermöglichen, werden hier auch jene Bereiche genannt, bei denen weder inhaltliche noch finanzielle Änderungen vorgesehen sind.

Theologische Fakultät

Die Theologie gilt seit alters her als die erste Fakultät, und sie war lange das Kernstück der Universität. Heute zeigen die Studierendenzahlen, dass sie an gesellschaftlicher Bedeutung verloren hat, mindestens in ihrer bisherigen Ausrichtung. Zeichen gesellschaftlichen Interesses für religiöse Fragen sind aber nicht zu übersehen, wenn auch nicht in den traditionellen Formen der Institutionen oder Bekenntnisse. Auch muss sich erst weisen, ob das Nachlassen des Interesses für christliche Theologie von Dauer ist.

Die Theologische Fakultät wird aufgefordert, in Kooperation mit der Philosophisch-Historischen Fakultät eine stärkere religionswissenschaftliche Ausrichtung mit einem eigenen Studiengang durch schrittweise Umwidmung frei werdender Professuren voranzutreiben. Enge institutionalisierte Zusammenarbeit mit anderen Universitäten erhalten die Breite des auf die christliche Theologie ausgerichteten Studiums. Die jetzige Ausstattung wird vorderhand beibehalten.

Juristische Fakultät

Vgl. die Ausführungen zur Juristischen Fakultät auf S. 12f.

Medizinische Fakultät

Auch die Medizinische Fakultät gehört seit der Gründung zum Bestand und zum Profil der Basler Universität. Sie hat sich immer wieder durch besondere Persönlichkeiten und Leistungen ausgezeichnet. Ihre Beziehungen zur hiesigen pharmazeutischen und medizinaltechnischen Industrie sind unterschiedlich, oft gut und eng. Für die Aus- und Weiterbildung der schweizerischen und insbesondere der regionalen Ärzteschaft spielt sie eine bedeutende Rolle.

Derzeit wird in der Schweiz und regional die Zukunft der Medizinischen Fakultäten unter den verschiedensten Aspekten diskutiert. Die Steigerung der Kosten im Gesundheitswesen, die wachsende Zahl der Ärzte und Ärztinnen, aber auch die Suche nach effizienteren Strukturen haben auf schweizerischer Ebene verschiedentlich die Schliessung von Fakultäten, so auch der baslerischen, in die Diskussion gebracht. Dieser Frage hat sich auch der Universitätsrat gestellt. Er sieht in der Medizinischen Fakultät einen unverzichtbaren Baustein des Basler Life-Sciences-Standortes: Zusammen mit der Pharmazie bildet sie die Brücke zwischen Grundlagenforschung und Anwendung. Die Fakultät hat ihre Reformfähigkeit bewiesen und es darf darum erwartet werden, dass sie die anstehenden tiefgreifenden Veränderungen wissenschaftlicher, organisatorischer und gesundheitspolitischer Art erfolgreich bewältigen kann. Universitätsrat und Universitätsorgane haben seit einiger Zeit aber auch organisatorische und finanzielle Fragen thematisiert, die immer noch auf eine Lösung warten.

In der Leistungsvereinbarungs-Periode sind wichtige institutionelle und inhaltliche Fragen zu lösen. Hier wird nur auf die spezifisch universitären Fragen eingegangen; die Dienstleistung resp. die Spitäler sind nicht Sache des Universitätsrates. Allerdings muss das Verhältnis zu ihnen anlässlich der Aufteilung der Kosten für Lehre, Forschung und Dienstleistung genauer geklärt werden.

Zu lösende Fragen sind u.a.:

- *Die Gliederung des Medinstudiums.* Die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Universitäten hat eine Reorganisation der Hochschulmedizin im Sinne der Bologna-Deklaration vorgeschlagen. Auch für das Basler Medinstudium ist eine solche Umstellung zügig anzustreben.
- *Die Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin.* Sie wird nicht nur die Dienstleistung betreffen, sondern muss auch Konsequenzen für die universitären Spezialisierungen haben. In diesem Sinne wird das Portfolio mit der Medizinischen Fakultät Bern auf Komplementarität und Synergien untersucht. Die entsprechende Vereinbarung ist vom Universitätsrat genehmigt worden.
- *Klärung der Verantwortungen.* Ziel ist die vollständige Übertragung der wissenschaftlichen, administrativen und finanziellen Verantwortung für die medizinische Lehre und Forschung an die Medizinische Fakultät. Die berufliche Weiterbildung und die medizinische Dienstleistung

sollen davon getrennt werden, so dass die Universität nur für das verantwortlich ist, was ihrem akademisch-wissenschaftlichen Auftrag entspricht.

- *Die volle Eingliederung des Departements für Klinisch-Biologische Wissenschaften (DKBW), d.h. der ehemaligen Vorklinik, sowie der Lehr- und Forschungsfunktionen der Klinik in die Universität.* Dies setzt voraus, dass über Kosten und Leistungen von Lehre und Forschung im Klinischen Bereich volle Transparenz hergestellt wird, was kurzfristig realisierbar erscheint.
- *Der Aufbau des in Basel bisher zu wenig ausgebildeten Bereichs Public Health.* Hier sind prioritär die Pflegewissenschaften und die Medizinethik einzugliedern.
- *Die Formulierung einer kohärenten, dem Platz Basel angemessenen und mit anderen Forschungsinstitutionen abgestimmten Forschungspolitik.* Es kann davon ausgegangen werden, dass die Transparenz der Forschungsausgaben sowie die strategische Koordination der Klinik zur effizienteren Mittelverwendung und tieferen Ausgaben führen wird.
- *Die Begrenzung der strukturellen Professuren der medizinischen Fakultät auf die akademisch-wissenschaftlichen Aufgaben in Lehre und Forschung (mit Definition der klinischen Schwerpunkte).* Darauf werden sich die Ergebnisse der Portfolio-Abstimmung mit Bern auswirken.
- *Für die Zahnmedizin wird in einem separaten Projekt eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Bern geprüft.*

Es ist anzunehmen, dass eine schweizweit gegliederte Ausbildung, die Formulierung einer kohärenten Forschungspolitik sowie die Revision des Portfolios der klinischen Fächer zu einer Optimierung des Mitteleinsatzes führen. Ferner fliessen derzeit Bundes- und Kantonsmittel für die Klinische Medizin (Grundbeiträge gem. UFG, ein Teil des Globalbeitrags Basel-Land, vgl. Anhang 5) an der Universität vorbei über den Kanton Basel-Stadt in die (Global-)Budgets der Spitäler mit Universitätskliniken. Da die Budgets für Lehre und Forschung einerseits und für die medizinische Dienstleistung andererseits noch nicht getrennt sind, können die Universitätsorgane ihre Steuerungsaufgabe bezüglich der Lehre und Forschung in der klinischen Medizin nicht voll erfüllen.

Die Klärung dieser Fragen kann noch eine gewisse Zeit dauern. Darum sieht der Universitätsrat diverse Massnahmen zur Deckung der vorderhand noch von der Universität zu tragenden Aufwendungen vor, die eigentlich aus den genannten Finanzströmen zu finanzieren wären. Allerdings erwartet er von den Regierungen, dass die Universität bis Ende 2004 die notwendigen finanziellen Rahmeninformationen als Grundlagen für die organisatorische und akademische Planung erhält und dass die definitive organisatorische Klärung der Verantwortlichkeiten und Finanzströme bis Ende 2005 erfolgt.

Sportwissenschaften

Die der Medizinischen Fakultät zugehörigen Sportwissenschaften spielen für die Lehrerausbildung eine grosse Rolle. Das in Basel angebotene, über die reine Lehrerausbildung hinausgehende Curriculum hat zu einem enormen Studierendenzuwachs geführt und gilt bei Experten als innovativ und erhaltenswert. Die gesellschaftliche Bedeutung des Sports ist erheblich.

Im Januar hat der Universitätsrat festgehalten, dass die infolge des weiterhin starken Wachstums der Studierendenzahlen notwendigen zusätzlichen Betriebs- und Investitionsmittel ausserhalb der finanziellen Möglichkeiten der Universität liegen. Er hat darum einen Transfer des Sports an die Fachhochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (HPSA) – mit dem entsprechenden Nettobudget – ins Auge gefasst. In der Zwischenzeit wurde die Einführung eines Numerus Clausus entschieden, so dass die Aufwendungen begrenzt werden können und die Notwendigkeit eines Transfers entfällt. Ausserdem erwartet der Universitätsrat Einsparungen durch die Zusammenarbeit mit der Berner Universität und mit Bundesinstitutionen.

Philosophisch-Historische Fakultät

Zur Strategie der Fakultät

Die Fakultät ist seit einiger Zeit dabei, das gesamte Lehrangebot im Sinne der Bologna-Deklaration neu zu strukturieren. In diesem Zusammenhang wird die Anzahl der Studiengänge reduziert. Die Fakultät hat ausserdem Anstrengungen unternommen, die auch von ihr gewünschte Erhöhung der

Mittel für Soziologie und Medienwissenschaften teilweise durch interne Umlagerungen zu erbringen. Schliesslich haben in verschiedenen Gebieten bedeutende Änderungen und Modernisierungen der fachlichen Ausrichtung begonnen oder sind in Diskussion.

In der Folge der Vorschläge des Universitätsrats vom 22. Januar hat sich die Fakultät bereit erklärt, Einsparungen vorzunehmen, dabei aber eine stärkere Berücksichtigung ihres eigenen Planes verlangt sowie eine grössere Verantwortung bei der Durchführung der einzelnen Massnahmen. Der Universitätsrat ist bereit, darauf einzutreten, sofern der Plan bis Ende Juni 2004 vorliegt und er folgenden Vorgaben genügt: Der Entwicklungsplan muss

- die anvisierten Departementsbildungen präzisieren und die „kleinen Fächer“ in wissenschaftliche und organisatorische Beziehungen setzen, die ihre Entwicklung fördern,
- den Verzicht auf Elementarausbildung in lebenden Sprachen vorsehen,
- in Absprache mit dem Rektorat Initiativen zur Koordination des Angebotes mit andern Universitäten einleiten,
- die Vorgaben für die verschiedenen Fächer aufnehmen, die Entlastung des Universitätsbudgets von total 1.65 Mio. Franken p.a. respektieren und aufzeigen, mit welchen Massnahmen und Schritten sie erreicht wird,¹
- einen Stellenplan für die ganze Fakultät, aufgegliedert nach Instituten resp. Seminaren, beinhalten.

Der fakultäre Entwicklungsplan unterliegt einem Genehmigungsvorbehalt von Rektorat und Universitätsrat. Falls die oben genannten Vorgaben nicht erfüllt werden, behält sich der Universitätsrat vor, die am 22. Januar genannten Ausstattungsreduktionen resp. Schliessungen durchzuführen.

Neue Philologien

Die Philosophisch-Historische Fakultät hat dem Universitätsrat im September 2003 eine Neukonzeption der Neuen Philologien unterbreitet. Diese sieht – auch aufgrund der stagnierenden Studierendenzahlen – eine Reduktion der Philologie-Professuren von 18 auf 16 vor. Die eingesparten Mittel werden innerfakultär für den dringendsten Ausbaubedarf in der Soziologie und der Medienwissenschaft umgewidmet. Die Fakultät sieht vor, alle derzeit im Fächerkatalog der Universität geführten Sprachen weiterzuführen, die notwendigen Spareffekte aber durch gleichmässige Angebotsreduktionen in allen Bereichen sowie durch vermehrt transphilologisch ausgerichtete Professuren zu erreichen.

Der Universitätsrat hat diesem Konzept in Bezug auf jene Vakanzen zugestimmt, welche demnächst zu besetzen sind (Anglistik, Germanistik, Italianistik, Hispanistik). Allerdings wurde damals eine stärkere Profilbildung durch einen Verzicht auf die Ausbildung in **Slavischen Sprachen** verlangt. Seine Argumente waren, *dass die Slavistik keinen unverzichtbaren Teil des Basler Profils darstelle, das Studium an andern Schweizer Hochschulen leicht möglich sei, und dass das Fach zur Region keine besondere Beziehung habe. Natürlich sei mit der politischen Öffnung des östlichen Europas das Interesse an Slavistik gegeben. Dies stehe aber für Basel unter dem Zwang der Priorisierung nicht an vorderer Stelle. Ausserdem sei die studentische Nachfrage mit derzeit gegen 90 Studierenden (Haupt- und Nebenfach) nicht sehr gross.*

In Anbetracht der erheblichen inner- und ausseruniversitären Opposition erklärt sich der Universitätsrat bereit, auf einen fakultären Alternativ-Vorschlag unter folgenden Voraussetzungen einzutreten:

- Einbindung der Slavistik in einen Master-Studiengang Osteuropa-Studien; Verzicht auf eigene Studiengänge in Slavistik,
- Verzicht auf Elementarausbildung in lebenden Sprachen,
- Aufbau einer komplementären interuniversitären Zusammenarbeit,
- erhebliche, nachweisbare Ausstattungsreduktionen.

Auch bei der klassischen Philologie und der Ägyptologie könnte auf die relativ geringen Studierendenzahlen hingewiesen werden. Jedoch ist der Universitätsrat der Überzeugung, diese Fächer gehör

¹ Werden Schliessungen durch Kooperationslösungen ersetzt, so ist dennoch die Gesamtvorgabe für die Fakultät einzuhalten.

ten zum spezifischen Basler Profil, umso mehr als sie immer wieder weltweite Anerkennung gefunden haben. Die notwendige stärkere Vernetzung verlangt die Einrichtung eines Departements für Altertumswissenschaften, das die klassische Philologie, das Seminar für Alte Geschichte, die klassische Archäologie, die Ägyptologie, sowie – in geeigneter Form – die Ur-und Frühgeschichte (Phil. I und Phil. II) umfasst. Der Universitätsrat erwartet, dass dieses Zentrum im Rahmen der schweizerischen Fächerbereinigungen zu einem „Leading House“ wird.

Unabhängig von der Bildung dieses Zentrums ist bei der **Ur- und Frühgeschichte** der Aufwand zu reduzieren. Die anvisierte Einsparung (0.5 Mio. Franken, für Phil. I und Phil. II zusammen) muss

- auf einer gemeinsamen Konzeption der Philosophisch-Historischen und der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät beruhen,
- Einsparungen in den Stellenplänen, den stärkeren Einbezug des Mittelbaus und von regionaler Expertise (Museen, Augusta Raurica) sowie von Drittmitteln enthalten,
- eine zukunftsweisende Lösung für die gemeinsame Führung des Faches durch die beiden Fakultäten verwirklichen.

In Geschichte, Kunstgeschichte, Philosophie, ebenso in Ethnologie und Volkskunde stehen für den Universitätsrat Ausstattungen, Studierendenzahlen und Leistungen in vertretbaren Verhältnissen.

Die Musikwissenschaften haben auch dank der hier ansässigen Institutionen einen guten Ruf, auch über die Region hinaus. Innerhalb der universitären Prioritäten liegen sie aber nicht weit vorne. Die studentische Nachfrage ist eher gering. Dennoch sollte die Promotionsmöglichkeit in Basel gesichert bleiben, allerdings bei reduziertem Mitteleinsatz.

Gegen die vom Universitätsrat anvisierte Reduktion der Mittel 0.5 Mio. Franken wurde opponiert, weil sie die Aufgabe entweder des Gebietes „Alte“ oder „Neue Musik“ zur Folge hätte. Der Universitätsrat ist unter folgenden Voraussetzungen bereit, der Weiterführung beider Gebiete zuzustimmen:

- verstärkte Einwerbung von Drittmittel,
- Realisierung von Einsparungen im anvisierten Rahmen,
- die Ausrichtung und Ausstattung der fachlichen Bereiche (Ordinariat vs. Assistenzprofessur) ist zu definieren.

Die **Islamwissenschaften** beteiligen sich an einem religionswissenschaftlichen Studiengang.

Die Aufwertung der Soziologie und der Medienwissenschaften innerhalb der Philosophisch-Historischen Fakultät (vgl. *Ausführungen auf S. 13*) erfordert die Schaffung eines Departements **Gesellschaftswissenschaften**, bestehend aus Soziologie, Medienwissenschaften, Wissenschafts- und Geschlechterforschung (bisher „Gender Studies“) und evtl. noch weiteren Bereichen. Mit diesem strukturellen Rahmen wird von Fakultät und Departement erwartet, dass die gesellschaftswissenschaftliche Kompetenz der Universität Basel auf ein hohes qualitatives und konkurrenzfähiges Niveau mit entsprechender Studierendennachfrage gebracht wird. Das neue Departement ist prädestiniert für interfakultäre Vernetzungen.

Das Zentrum für Afrikastudien ist Fragen von grosser Bedeutung gewidmet, und Basel beherbergt Institutionen, deren Beziehungen zu Afrika ein solches Zentrum plausibel machen. Afrika-Fragen beschäftigen verschiedene andere universitäre Einheiten. Auch seitens der Schweizer Hochschulpolitik besteht Interesse an einem entsprechenden Kompetenzzentrum in Basel. Allerdings ist die studentische Nachfrage bisher eher gering.

Das Zentrum ist dank externer Finanzierung zustande gekommen. Seine Weiterführung ist abhängig von der Weiterführung der Drittmittelfinanzierung im Umfang von 0.27 Mio. Franken ab 2006.

Das Orientierungsfach „**Angewandte Ethik**“ mit seinem transfakultären Lehrangebot muss nach Auslaufen der zugesicherten Drittmittelfinanzierung weiterhin mit externen Mitteln finanziert werden.

Das **Institut für Spezielle Psychologie ISP** ist noch Teil der Universität; sein Transfer an die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (HPSA) ist aber von allen zuständigen Gremien bereits verbindlich geplant und wird durchgeführt, sobald die Strukturen der neuen Fachhochschule dies zulassen. Der Transfer erfolgt mit dem Nettobudget, für die Universität also kostenneutral. Über den künftigen Stellenwert der **Pädagogik** wird aufgrund des fakultären Entwicklungsplans entschieden.

Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Zur Strategie der Fakultät

Die Fakultät ist bei der Überarbeitung des gesamten Lehrangebots im Sinne der Bologna-Deklaration weit vorangeschritten. In verschiedenen Gebieten sind bedeutende Änderungen und Modernisierungen der fachlichen Ausrichtung erfolgt. In der Folge der Vorschläge des Universitätsrats vom 22. Januar hat sich die Fakultät bereit erklärt, Einsparungen vorzunehmen, dabei aber eine stärkere Berücksichtigung ihres eigenen Planes verlangt sowie eine grössere Verantwortung bei Durchführung der einzelnen Massnahmen. Der Universitätsrat ist bereit, darauf einzutreten, sofern der Plan bis Ende Juni fertig gestellt ist und folgenden Vorgaben genügt: Der Entwicklungsplan muss

- die anvisierten Departementsbildungen (Umweltwissenschaften, Mathematik und Informatik, evtl. weitere) präzisieren und die „kleinen Fächer“ in wissenschaftliche und organisatorische Beziehungen setzen, die ihre Entwicklung fördern,
- in Absprache mit dem Rektorat Initiativen zur Koordination des Angebotes mit andern Universitäten einleiten,
- die Vorgaben für die verschiedenen Fächer aufnehmen, die Entlastung des Universitätsbudgets von total 6 Mio. Franken p.a. respektieren und aufzeigen, mit welchen Massnahmen und Schritten sie erreicht wird,²
- einen Stellenplan für die ganze Fakultät, aufgegliedert nach Fachbereichen, beinhalten.

Der fakultäre Entwicklungsplan unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt von Rektorat und Universitätsrat. Falls die oben genannten Vorgaben nicht erfüllt werden, behält sich der Universitätsrat vor, die am 22. Januar genannten Ausstattungsreduktionen resp. Schliessungen durchzuführen.

Mathematik

Die Basler Mathematik arbeitet auf wissenschaftlich hohem Niveau. Sie ist schwergewichtig auf „theoretische“ oder reine Mathematik ausgerichtet. Die Studierendenzahl ist zwar gestiegen, aber nicht sehr hoch. Innerhalb der Fakultät erscheint die Position der theoretischen Mathematik teilweise als isoliert. Eine substanzielle Lücke besteht in der Lehre und Forschung in Stochastik (Wahrscheinlichkeitstheorie). Angebote in angewandter Mathematik sind gefragt.

Mathematik ist für die Universität unverzichtbar. Das gilt auch für die theoretische Mathematik. Aber:

- das Angebot in „Angewandter Mathematik“ ist zu verstärken; zu füllen ist die Lücke in „Stochastik“,
- die Reduktion der Ausstattung um eine Professur resp. um 0.5 Mio. Franken ist vertretbar,
- die Zusammenarbeit mit der Informatik ist unter Bezug weiterer Bereiche (z.B. Bioinformatik) zu verstärken und die Schaffung eines innovativen Kompetenzzentrums vorzubereiten. Wünschbar ist die organisatorische Zusammenführung der beiden Departemente.

Astronomie

Die Basler Astronomie hat in den vergangenen Jahrzehnten hervorragende Arbeit geleistet. Andererseits ist sie innerhalb der Universität wenig vernetzt. Sie bietet nur einen Wahl- resp. Master-Stu

² Werden Schliessungen durch Kooperationslösungen ersetzt, so ist die Gesamtvorgabe für die Fakultät dennoch einzuhalten.

diengang für ausgebildete Physiker an. Die studentische Nachfrage ist mit 1 Studierenden und 9 Doktorierenden sehr gering. Es gibt genügend entsprechende Institute in der Schweiz.

Die Stimmen für die Erhaltung der Basler Astronomie sind zahlreich. Sollten folgende Bedingungen erfüllt werden, so ist der Universitätsrat bereit, auf seine Schliessungsabsicht zurückzukommen:

- Entlastung des Universitätsbudgets durch Stiftungs- und Drittmittel, Forschungsprojekte, Stellenpooling mit Physik etc.
- enge Partnerschaft mit einer andern Universität,
- Verzicht auf eigene astronomische Studiengänge.

Physik

Bereits im Jahr 2000 wurde mit dem Beschluss zur Aufhebung der „Kern- und Teilchenphysik“ eine Konzentration der Kräfte auf die Life Sciences bewirkt. Die Physik ist für die naturwissenschaftliche Fakultät und speziell für die Life Sciences unverzichtbar. Auf die Bedeutung des NCCR „Nanotechnologie“ und der Gruppe „Quantum Computing and Quantum Coherence“ (QC) mit der entsprechenden Ausstattung wurde hingewiesen. Eine qualitativ hoch stehende Physik bedarf erheblicher Investitionen. Bei tiefen Studierendenzahlen sind die Kosten pro Studierenden entsprechend hoch.

Als konsequente Fortführung der schon im Jahr 2000 eingeleiteten Umstrukturierung wird die Forschung im Bereich Kernphysik ganz aufgegeben, die räumliche und betriebliche Infrastruktur anders verwendet und die im öffentlichen Interesse liegende Weiterbildung und Dienstleistung am kleinen Versuchsreaktor in ein möglichst selbsttragendes Profit-Center eingebettet (Einsparungsziel: 0.5 Mio. Franken).

Umweltwissenschaften

Neu wird ein Departement Umweltwissenschaften gebildet, welches den bedeutenden ökologischen Fragen der Gegenwart gewidmet ist. Das Departement umfasst die bisherigen Geo- und Umweltgeowissenschaften, das Institut NLU, MGU, Geographie, Meteorologie sowie Teile der Erdwissenschaften und der Integrativen Pflanzenbiologie, ferner die Professur für Organische Analytik (bisher Departement Chemie). Mit der Bildung dieses Departements werden bisher ungenügend vernetzte Kompetenzen konzentriert, wodurch eine höhere Effizienz und ein wissenschaftlicher Mehrwert, aber auch eine finanzielle Entlastung erwartet wird. Das neue Departement ist prädestiniert für eine bedeutende Wirkung über die Universität hinaus.

Bezüglich der Erdwissenschaften (Geologie, Paläontologie, Petrographie, Mineralogie) wurde am 22. Januar die Schliessung zur Debatte gestellt, da das Fach in der Schweiz, insbesondere auch an der ETH Zürich, genügend vertreten sei; die regionale Bedeutung sei schwach, die Vernetzung innerhalb der Universität halte sich in Grenzen und die Zahl der Studierenden sei nicht hoch.

Dem wurde – auch von der ETHZ – entgegengehalten, die in Basel gepflegten Spezialitäten seien durchaus komplementär zur Ausrichtung an anderen Universitäten. Ferner wurde die Bedeutung der Geologie innerhalb eines Departements Umweltwissenschaften unterstrichen. Als Alternative wurde eine enge Zusammenarbeit mit der ETHZ vorgeschlagen. Der Universitätsrat erwartet dazu konkrete Planungen im fakultären Entwicklungsplan. Er wird auf entsprechende Vorschläge eintreten, sofern

- die konsequente Integration ins Departement Umweltwissenschaften erfolgt und eine klare Zusammenarbeitsregelung mit der ETHZ (Forschung, Lehre, Organisation, Personelles) formuliert wird,
- das Basler Angebot komplementär ist,
- Einsparungen in der anvisierten Größenordnung (1.7 Mio. Franken) erzielt werden.

Chemie

Zur Bedeutung der Chemie in der Region Basel resp. innerhalb einer die Life Sciences pflegenden Universität muss hier nichts Neues hinzugefügt werden. Das Departement war bereits im Jahr 2002 Gegenstand einer umfassenden Evaluation im Auftrag des Universitätsrats. Aus ihr ergaben sich Reduktionen der Ausstattung in den kommenden Jahren. Sie blieb dabei im universitätsinternen Vergleich (Ausstattung in Bezug zur Anzahl Studierende) immer noch komfortabel.

Über die geltenden Pläne hinaus ist die Analytische Chemie aufwandmässig wie folgt zu reduzieren:

- Aufhebung der Professur für Anorganische Analytik;
- Verschiebung der Forschungsaktivitäten Professur für Organische Analytik in das neue Departement Umweltwissenschaften.

Das Einsparungsziel beträgt total 1,6 Mio. Franken (0.7 Mio. aus den Beschlüssen vom Juni 2002 und 0.9 Mio. aus den Einsparungen in Bezug auf die Analytik).

Pharmazie

Vgl. die Ausführungen zur Pharmazie auf S. 13.

Integrative Biologie/Pflanzenbiologie

Mit der Wendung zur molekularen Biologie haben die biologischen Wissenschaften einen starken Wandel erfahren. Basel hat mit dem Biozentrum früh eine Weichenstellung vollzogen und konsequent Mittel in diese Richtung gelenkt. Lange konnte die „Botanik“ der Universität, von den entsprechenden Aktivitäten des Friedrich-Miescher-Instituts profitieren. Darum war von der Schliessung dieses Bereichs beim FMI auch die Universität betroffen. Der Verlust konnte zwar durch die Zusammenarbeit mit der ETH und der Universität Zürich in der Graduiertenausbildung teilweise kompensiert werden. Heute muss aber festgestellt werden, dass die Basler Pflanzenbiologie nur bestehen kann, wenn sie ausgebaut würde.

Diesen Aufwand kann sich die Universität nicht leisten. Darum sieht der Universitätsrat vor:

- eine Professur wird aufgehoben,
- Teile des bisherigen Integrativen Biologie werden ins neue Departement Umweltwissenschaften oder in andere Einheiten integriert,
- der Aufwand für den Botanischen Gartens am Spalentor, der u.a. für die Bereitstellung des Pflanzenmaterials benötigt wird, ist betriebswirtschaftlich zu optimieren.

Das Einsparungsziel beträgt 0.5 Mio. Franken.

Biozentrum

Das Biozentrum bildet einen Eckpfeiler der Basler Position in den Life Sciences. Es ist vielfältig mit der forschenden Industrie der Region, aber auch weltweit verbunden. Auch wenn seit der Gründung des Biozentrums andere ähnliche Forschungszentren in der Schweiz entstanden sind, zählt es national und international bis heute zur Spitze. Bemerkenswert erfolgreich verläuft die Generationenablösung der letzten Jahre. Das Entwicklungspotenzial ist unverändert hoch. Die Forschungsintensität des Biozentrums führt zwar zu hohen Kosten, gibt aber Studierenden und Forschenden die ausserordentliche Möglichkeit, an einem weltweit anerkannten Forschungszentrum zu lernen und zu forschen. Für den Erfolg des geplanten Zentrums für Systembiologie in Basel ist ein starkes Biozentrum unabdingbar.

Der Universitätsrat verzichtet auf Einsparungsvorgaben beim Biozentrum, da dies für den Life-Sciences-Standort Basel negative Effekte hätte, auch im Hinblick auf das Zentrum für Systembiologie in Basel und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der ETH und der Universität Zürich.

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Die Fakultät ist ein anerkannter Teil der Basler Universität. Immer wieder tragen Persönlichkeiten und Leistungen dazu bei, ihren Ruf über die Grenzen der Region hinaus zu fördern. Für die Ausbildung wirtschaftlicher Nachwuchskräfte spielt die Fakultät inner- und ausserhalb der Region eine bedeutende Rolle. Die Konkurrenz zwischen den schweizerischen Universitäten ist in diesem Bereich gross, aber es besteht kein Überangebot.

Es wird keine Änderung der Ausstattung vorgesehen.

Fakultät für Psychologie

Vgl. die Ausführungen zur Fakultät für Psychologie auf S. 14.

Europa-Institut

Das Europa-Institut hat sich in den zehn Jahren seines Bestehens in der Region und darüber hinaus einen Namen gemacht. Die Zusammenarbeit mit andern Bereichen der Universität ist teilweise eng. Seine Ausbildungsgänge werden nachgefragt und finanzieren einen substanziellen Teil seines Budgets. Es bietet einen der wenigen Master of Advanced Studies (MAS) in Basel an. Die Konkurrenz an vergleichbaren Instituten im In- und Ausland ist allerdings gross.

Der Universitätsrat verzichtet derzeit auf eine Reduktion des Universitätsbeitrags an das Europa-institut, erwartet aber eine Präzisierung des Profils gegenüber ähnlichen Instituten und die Einwerbung weiterer Drittmittel zur Entlastung des Universitätsbudgets.

5.2 Sparen und Priorisierung in der Verwaltung

In Rektorat, Verwaltung und Akademischen Diensten waren mit der Entlassung in die Selbstverwaltung markante Ausbauten notwendig, denn die Universität war vor 1996 enorm schwach ausgerüstet. Teilweise mussten Aufgaben übernommen werden, die bisher von kantonalen Dienststellen geleistet wurden (Finanzen, Gebäudeunterhalt, Personaladministration etc.), teilweise hatten notwendige Arbeiten brachgelegen (Controlling, Qualitätssicherung, Strategie etc), teilweise entstanden seit der Autonomie neue Aufgabenbereiche (Bologna-Reform, Studierendenverwaltung, Koordination von Bundesprogrammen wie Virtueller Campus etc.).

Im Winter 2002/03 hat der Universitätsrat den Auftrag zu einer externen Evaluation von Rektorat und Verwaltung erteilt, die Ende 2003 abgeschlossen wurde. Es hat sich gezeigt, dass die evaluierten Bereiche effizient und effektiv arbeiten und ihre Partner innerhalb und ausserhalb der Universität im Allgemeinen gut bedienen. Dabei hebt sich der Verwaltungsaufwand in Basel positiv von jenem anderer Universitäten ab. Der Evaluationsbericht vom 16.12.2003 steht den politischen Behörden sowie den Fakultäts- und Departementsleitungen zur Einsicht offen.

Dennoch müssen Rektorat und Verwaltung mit dem guten Beispiel vorangehen. Darum wird festgelegt, dass in der Periode 2005–08 eine Wertkostenanalyse stattzufinden hat, mit dem Ziel, das Universitätsbudget in den Bereichen Rektorat und Verwaltung, zusammen mit dem gesamtuniversitären Bereich („ZX/nicht zuteilbar“), um eine Mio. Franken zu entlasten.³

5.3 Solidaritätsabgabe auf den Gehältern

Gemäss Universitätsgesetz ist der Universitätsrat für das Gehaltssystem der Universität verantwortlich. Bisher hat er dabei weitgehend die kantonalen Regelungen übernommen resp. weitergeführt. In Anbetracht der finanziellen Situation der beiden Basel, aber auch um die schmerzlichen Reduktionen des wissenschaftlichen Angebots der Universität möglichst tief zu halten, sieht der Universitätsrat

³ Zu ZX gehören bspw.: Strom-, Telefon- und Reinigungskosten, Unisport, Kinderkrippe, Mensa, EUCOR etc.

Solidaritätsabgaben auf den Salären vor, unter der Voraussetzung, dass es in den übrigen Punkten zu einer Einigung mit den Trägern kommt.

Im Januar wurde eine zweimalige nachhaltige Lohnreduktion von je 1 % in den Jahren 2005 und 2007 zur Debatte gestellt. Der Effekt einer solchen Massnahme auf das Betriebsbudget der Universität ist gross und verhindert weitergehende Abbaumassnahmen. Erwartungsgemäss haben sich die Personalverbände in der Vernehmlassung kritisch zu diesem Vorschlag geäussert: Zu viele Sparmassnahmen seien bereits auf dem Rücken des Personals durchgeführt worden, die Universität verlöre als Arbeitgeberin an Attraktivität und in den unteren Salärkategorien sei der Einkommensrückgang zu schwerwiegend.

Dennoch hält der Universitätsrat daran fest, die Personalkosten – verglichen mit seinen Projektionen – bis zum Jahre 2008 um 3.6 Mio. Franken zu senken. Die Modalitäten sind so einvernehmlich wie möglich mit den Sozialpartnern zu regeln. Vorzusehen ist primär die Aussetzung des Teuerungsausgleichs, da dies alle Lohnklassen und -stufen proportional belastet. Wenn nötig ist zudem auch der Stufenanstieg auszusetzen. Allerdings wird in diesem Fall von den Mitarbeitenden in den hohen Lohnstufen ein freiwilliger Beitrag erwartet, da bei ihnen die Aussetzung des Lohnstufenanstiegs kaum Einsparungen resp. Lohnkürzungen verursacht.

Der Universitätsrat wird seine Bezüge um 20 % kürzen lassen.

5.4 Zur Durchführung der Ausstattungsreduktionen

Zeitpunkt

Für den Universitätsrat besteht ein enger Zusammenhang zwischen der teilweise schmerzlichen Veränderung des Portfolios und den Zusagen der beiden Kantone zur beantragten Erhöhung der Globalbeiträge. Die definitiven Ausstattungsreduktionen ebenso wie die -erhöhungen werden definitiv erst vollzogen, wenn eine Einigung über die Leistungsvereinbarung erzielt worden ist.

Da die Regierungen auf das Thema vorbereitet sind und seine Dringlichkeit kennen, erwartet der Universitätsrat, dass die Grundsatzentscheide zeitlich so gefällt werden, dass sie als Basis für das Budget 2005 dienen können.

Hochschullandschaft Schweiz

Leider bestehen noch keine Mechanismen, welche eine griffige nationale Koordination der Entscheidungen über Standorte, Schwerpunkte, Reduktionen etc. ermöglichen. Der Universitätsrat hat dennoch das Rektorat beauftragt, sowohl in der Rektorenkonferenz (CRUS) als auch bilateral die Frage von Transfers, von Kompensationen und andern Formen der Kooperation, welche sich aus den Entscheiden des Universitätsrats ergeben könnten, zur Debatte zu stellen. Gleichermaßen wird der Vorsteher des Erziehungsdepartements Basel-Stadt in der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) tun.

Der Universitätsrat erwartet ähnliche Initiativen von den Fakultäten.

Studienverträglichkeit

Sollten in Basel bestimmte Lehrangebote reduziert werden, wird das Rektorat die notwendigen Massnahmen ergreifen, damit Studierende ihre Studien unter voller Anerkennung der erbrachten Leistungen und ohne Zeitverlust an andern Universitäten fortführen können.

Sozialverträglichkeit

Wo Personalbestände reduziert werden müssen, ist ein Maximum an Flexibilität und Support notwendig, um den Betroffenen Übergänge in andere Positionen, insbesondere innerhalb der Universität, zu erlauben. Bei der Festlegung des Zeitpunkts von Abbauten wird auf bevorstehende Pensionierungen Rücksicht genommen. Sobald die Einigung über die Leistungsvereinbarung absehbar ist, wird eine Organisation eingesetzt, die Möglichkeiten der Frühpensionierung, Transfers an andere Universitäten, Outplacement prüft und unterstützt. Sind grössere Gruppen betroffen, müssen Sozialpläne erstellt werden.

Information

Die Informationsgespräche mit den Sozialpartnern werden regelmässig stattfinden. Die Information der persönlich Betroffenen, aber auch der Universität ganz allgemein wird regelmässig und offen erfolgen.

6. Weitere interne Massnahmen der Universität

Künftige Reallokationen

Der Universitätsrat hat schon im Jahr 2002 ein Pilotprojekt „Mittelallokation“ eingeleitet, mit dem Ziel einer verstärkt leistungs- und bedarfsorientierten Mittelzuteilung in der Universität. Auf Veränderungen der Nachfrage (bspw. Zahl der Studierenden) und der erbrachten Leistungen (bspw. erteilte Kreditpunkte und publizierte Forschungsergebnisse) wird die Universität flexibler als bisher reagieren können. Die jährliche Dotierung der einzelnen Studiengänge wird künftig, neben einer langfristig festen Grundausstattung mit (Lehr-)Personal und Forschungsmitteln, laufend mit der Nachfrage- und Leistungsentwicklung in Übereinstimmung gebracht. Bereits 2005 soll die Flexibilisierung der inneruniversitären Mittelzuteilung schrittweise eingeführt werden. Künftig wird auch vermehrt mit befristeten Anstellungen operiert.

Flexiblere Strukturen

Die Universität muss auf gesellschaftliche Entwicklungen und neue Bedürfnisse der Studierenden mit entsprechenden Angeboten reagieren können. Strukturen und Angebot müssen darum möglichst flexibel gehalten werden. Das „Portfolio“ – das Studienangebot – wird künftig in regelmässigen Abständen (bspw. jeweils im Hinblick auf die Erteilung eines neuen Leistungsauftrages) überprüft und im Rahmen strategischer Überlegungen angepasst.

Gehaltssysteme

Die Universität hat bisher die Gehaltsordnung des Kantons Basel-Stadt weitergeführt. Aber es zeigt sich, dass sie der Universität nur bedingt angemessen ist: Sowohl die Besoldungsstruktur als auch die damit verbundenen Automatismen (bspw. Stufenanstieg) erschweren zum Teil eine am nationalen und internationalen universitären Umfeld orientierte Personalpolitik. Deshalb wird die Gehaltsordnung der Universität sorgfältig zu überarbeiten sein mit dem Ziel der Vereinfachung und der Erhöhung der Flexibilität.

Altersvorsorge

Die Angestellten der Universität sind nach wie vor zum grössten Teil bei der staatlichen Pensionskasse versichert. Gestützt auf die geltenden rechtlichen Regelungen schlägt die Pensionskasse vor, die Universität als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt in einen Anschlussvertrag zu überführen. Damit wären erhebliche finanzielle (Deckungslücke) und personalpolitische (staatliche Garantie der Kassenleistungen, Rentenansprüche, Beitragsverpflichtungen) Konsequenzen verbunden. Der Universitätsrat wird einer neuen Lösung nur zustimmen, wenn eine umfassende finanzielle und personalpolitisch akzeptierbare Lösung vorliegt. Mehrkosten für die Universität dürfen nicht entstehen.

Overheads

Werden Nationalfonds- und Drittmittel eingeworben, muss die Universität die nötige räumliche und betriebliche Infrastruktur und zudem oft auch zusätzliche Cash-Mittel („matching funds“) zur Verfügung stellen. Je erfolgreicher die Universität also ist, desto höhere Beträge muss sie von ihren ordentlichen, für Lehre und Forschung vorgesehenen Budgets abzweigen. Die Basler Universität hat diesbezüglich ihre Leistungsgrenze erreicht. Es ist vielfach kaum mehr möglich, den nötigen Büro- und Laborraum für neue drittmittelfinanzierte Projekte zur Verfügung zu stellen.

Deshalb sieht sich die Universität gezwungen, künftig auf allen von dritter Seite finanzierten Forschungsprojekten einen Kostenzuschlag für Raum- und allgemeine Betriebs- und Verwaltungskosten zu erheben, soweit dies zweckmässig und rechtlich zulässig ist. Ohne diesen so genannten „Overhead“

wird es nicht mehr möglich sein, zusätzliche Projektmittel von dritter Seite (Nationalfonds, Stiftungen, Unternehmungen usw.) für die Universität einzuwerben.⁴

7. Einnahmenseitige Korrekturen

7.1 Betriebsbeiträge resp. Globalbudgets

Aus der rechnerischen Entwicklung des Aufwands (vgl. Tab. 2) im Umfang von 7.2 Mio. Franken
... und Modernisierungen und Verbesserungen (vgl. Tab. 2) im Umfang von 16.2 Mio. Franken
... ergibt sich als zusätzlicher Aufwand für die Planperiode 2005–08 23.4 Mio. Franken

Mit den vom Universitätsrat beschlossenen Massnahmen bei den Ausstattungen, den Gehältern und beim Verwaltungsaufwand übernimmt die Universität davon selber mehr als die Hälfte, nämlich 12 Mio. Franken
Der Universitätsrat beantragt beiden Regierungen, anstelle bisher zeitweise gesprochener Sonderbeiträge, die Erhöhung des Globalbeitrags um die fehlenden. 11 Mio. Franken

Zusätzlich sind die bisher von der Universität in der Betriebsrechnung übernommenen Fremdmieten in der Höhe von 6 Mio. Franken
... in den Globalbeitrag zu überführen.

7.2 Erneuerungsfonds

Bereits gebundene Mittel

Zehn Prozent des jährlichen Globalbeitrags des Kantons Basel-Landschaft fliessen in den Erneuerungsfonds. Eine Anzahl Vorhaben, welche der Erneuerung der Lehre und der Infrastrukturen dienen, werden – aufgrund von Dispositionen des Universitätsrats – vom Erneuerungsfonds getragen und belasten die Betriebsrechnung nicht. Der Universitätsrat hat für die kommenden Jahre folgende Mittel aus dem Erneuerungsfonds zugewiesen, die bereits in Gang gesetzte Innovationen weiter finanzieren (vgl. Anhang 3).

Medizin	Beitrag an das neue Lehr- und Forschungszentrum Mattenstrasse
Gesellschaftswissenschaften	Beiträge an die Professuren in den Orientierungsfächern Wissenschafts- und Geschlechterforschung
Pharmazie	Beitrag an die Kooperation mit der ETH Zürich
Informatik	Betriebszuschüsse, vorläufig für die Jahre 2005/06
NCCR	Für eine zweite NCCR-Ausschreibung wurden vorsorglich 0.7 Mio. Franken eingestellt. Falls die Universität Basel keinen zweiten NCCR zugesprochen erhält, wird diese Finanzierungsgarantie zurückgenommen.
Modernisierung der Lehre	Beiträge an LearnTechNet, Sprachenzentrum, Virtueller Campus Schweiz, Ressort Weiterbildung
Infrastrukturen	Beiträge an SAP Campus, Stellen in den Akademischen Diensten, Kinderkrippe

⁴ Der Nationalfonds hat vom Parlament den Auftrag erhalten, im Laufe der Jahre 2004-2007 einen „Overhead“ einzuführen.

Neue Äufnung des Erneuerungsfonds

Der Erneuerungsfonds – als einzige liquide „Reserve“ – hat es in den vergangenen Jahren ermöglicht, eine grosse Zahl von Impulsen unbürokratisch zu unterstützen oder selber zu initiieren. Für die Periode 2005–08 sind – wie oben ausgeführt – beträchtliche Mittel bereits gebunden. Künftig wird der Universitätsrat Mittel aus dem Erneuerungsfonds grundsätzlich nur für zeitlich begrenzte Projekte verwenden. Der Universitätsrat ersucht die Trägerkantone, die Beiträge an den Fonds zu Beginn der neuen Vereinbarungsperiode im Ausmass der bereits disponierten Mittel – d.h. um 6 Mio. Franken p.a. – zu erhöhen und damit der Universität die notwendigen Ressourcen für weitere Erneuerungen zu geben.

7.3 Drittmittel

Die Universität hat erfolgreich Drittmittel beigebracht: Seit 1996 sind jährlich zwischen 30 und 40 Mio. Franken vom Schweizerischen Nationalfonds für Forschungsprojekte zugesprochen worden. Weitere 30 bis 55 Mio. Franken sind von Seiten der Wirtschaft und der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, EU usw.) sowie von Stiftungen, Fonds und Privaten der Universität für die Forschung und für Vorhaben verschiedenster Art zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt sind von 1996 bis Ende 2003 also über 500 Mio. Franken von Seiten Nationalfonds und Dritten in die Universität geflossen. Im Durchschnitt wurden und werden rund 20 bis 25 % des gesamten Jahresbudgets mit Drittmitteln abgedeckt; über 500 Vollzeitstellen in Lehre, Forschung und Administration werden zulasten der Drittmittel finanziert.

Dies soll auch in Zukunft so sein: Die Universität wird sich weiterhin anstrengen, um mit attraktiven Programmen in der Lehre und mit hoher Qualität in der Forschung finanzielle Mittel von dritter Seite einzuwerben. Das setzt aber voraus, dass sie eine gesunde Finanzierung durch ihre Träger belegen kann. Nur dann kann sie hoch stehende Lehre und Forschung anbieten und im Wettbewerb um Forschungs- und Projektgelder bestehen.

Auf das Ergebnis der Betriebsrechnung haben die Drittmittel keinen Einfluss, da sich Einnahmen und Ausgaben bei drittmitteleinbezogenen Projekten die Waage halten müssen.

7.4 Rekapitulation und Fehlbetrag

Mit der vorgesehenen Kombination von Massnahmen schliesst sich der Fehlbetrag planerisch. In den einzelnen Jahren hängt der Ausgleich allerdings von der Einnahmenentwicklung und der Geschwindigkeit der Implementierung der einzelnen Massnahmen ab.

Tab. 3: Rekapitulation und Fehlbetrag

	Eckwert 2004	Veränderung 2005	Veränderung 2008
Fehlbetrag nach Modernisierungen und Verbesserungen (Tab. 2)	- 2.5	- 13.4	- 23.4
Ausstattungsreduktionen		1.9	7.7
Weitere Sparaufträge		0.3	1.0
Lohnmassnahmen		1.7	3.6
Korrekturen Einnahmenseite		5.1	11.4
Zusatzmittel Bund „Bologna“		0.9	0
Überschuss/Fehlbetrag	- 2.5	+/- 3	+/- 0
Überführung Fremdmieten in den Globalbeitrag		6.0	6.0
Zusätzliche Äufnung Erneuerungsfonds	-	+/- 6	+/- 6

8. Immobilien

8.1 Unterhalt

Der Kanton Basel-Stadt stellte der Universität für die Werterhaltung und die Aufrechterhaltung der Betriebstauglichkeit (Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Instandsetzung, Abänderungen) der durch sie genutzten staatlichen Liegenschaften in den letzten Jahren durchschnittlich zwischen 16.2 Mio. und 19.5 Mio. Franken zur Verfügung. Zusätzlich wurden die Leistungen des Hochbau- und Planungsamtes (HPA) für Projektmanagement, Projektierung, Ausführungsüberwachung usw. mit einem Durchschnittswert von jährlich rund 0.9 Mio. Franken kalkulatorisch verrechnet. Neu ist vorgesehen, gestützt auf einen Vertrag zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft,⁵ der Universität künftig jährlich folgende Mittel für Unterhalt und Veränderung zur Verfügung zu stellen:

Beitrag Kanton Basel-Stadt	7.0 Mio. Franken
Beitrag Kanton Basel-Landschaft	7.0 Mio. Franken
Erwartete Bundesbeiträge 10 % ⁶	1.4 Mio. Franken
Total	15.4 Mio. Franken

Gemäss Expertenmeinung wären für Unterhalt und Veränderung für das von der Universität genutzte Liegenschaftsvolumen von rund 1 Milliarde Franken (= Neubauwert inkl. Grundstücke) bzw. 700 Mio. Franken (= Gebäudewert) unter Berücksichtigung des hohen Anpassungsbedarfs und der sich dynamisch entwickelnden Nutzungen (insbes. im laborabhängigen Forschungsbereich der Naturwissenschaften und der Medizin) ein Betrag von gegen rund 30 Mio. Franken p.a. angemessen (vgl. Vorlage an den Landrat BL betr. Immobilienvertrag, Geschäfts-Nr. 2003/229, vom 23.09.2003, S. 7). Werden die zu erwartenden Bundesbeiträge berücksichtigt, so müssten von den beiden Kantonen also 25 Mio. Franken zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Sinne ist eine schrittweise Erhöhung des Betrages in den Jahren 2005 bis 2008 um je 2 Mio. Franken (d.h. je eine Mio. Franken pro Kanton, total je 4 Mio. Franken pro Kanton, insgesamt 8 Mio. Fr.) auf 22 Mio. Franken im Jahr 2008 vorzusehen.

8.2 Bauliche Investitionen

Die Universität hat einen erheblichen Nachhol- und Neubedarf an Flächen für Lehre und Forschung. Dieser beläuft sich, wie eine im Auftrag des Universitätsrates durchgeführte Studie von Herzog & de Meuron gezeigt hat, auf rund 20'000 m². Ausserdem wäre es sinnvoll, den Betrieb der Universität räumlich zu optimieren: Die heute in über 80 Gebäude in der ganzen Stadt Basel verstreuten Lehr- und Forschungseinrichtungen könnten an zwei bis drei Standorten zusammen gezogen werden – auf einem Campus rund um den Petersplatz, einem zweiten im Bereich Klingelbergstrasse/Schällemätteli⁷ und allenfalls einem dritten an einem noch zu definierenden Standort (bspw. auf dem Volta-Areal, dem Areal des Felix-Platter-Spitals oder der PUK). Mit der Optimierung der Standorte liessen sich die Betriebskosten der Universität senken, und zugleich könnte geeigneter Stadtraum für Wohnzwecke freigegeben werden. Dies bedingt allerdings grössere Investitionen. Sie würden über den Unterhalt und die Veränderung hinausgehen, die von der Universität im Rahmen des oben angeführten Immobilienfonds realisiert werden können. Es würde aber Sinn machen, sie in den kantonalen Investitionsplänen rechtzeitig vorzusehen.

Für die dringend notwendigen Einzelvorhaben, wie bspw. das Zentrum für die biomedizinischen Wissenschaften auf dem Areal Schällemätteli, wird die Universität den beiden Kantonsregierungen Inves

⁵ „Vertrag über die Ausleihe von Liegenschaften im Eigentum des Kantons Basel-Stadt an die Universität und die finanzielle Beteiligung am Unterhalt und an den Veränderungen der von der Universität Basel genutzten Liegenschaften (Immobilienvertrag) der Universität“.

⁶ Ein Anspruch auf Bundesbeiträge besteht erst ab einer Investitionssumme von 3 Mio. Franken. Da die Universität nur ausnahmsweise solche Grossprojekte in Auftrag gibt, beruhen die hier eingesetzten Bundesbeiträge auf einer sehr optimistischen Kalkulation.

⁷ Dies ist planerisch mit dem neuen Zentrum für Systembiologie zu verknüpfen.

titionsanträge unterbreiten. Der Grosse Rat von Basel-Stadt und der Landrat von Basel-Landschaft entscheiden dann von Fall zu Fall über ihren Anteil an den Investitionen.

Derzeit sind folgende Projekte – provisorisch – absehbar:

Tab. 4: Provisorische Übersicht über Investitionsprojekte (in Mio. Fr. und Jahrestranchen)

Projekt	2004	2005	2006	2007	2008
<i>Naturwissenschaften:</i>					
Raumoptimierung Chemie-Physik-Biozentrum (total 10.0)	1.0	4.0	4.0	1.0	
Life-Sciences-Gebäude Schällemätteli (total 70.0)	1.0	1.0	5.0	12.0	17.0
<i>Geistes- und Kulturwissenschaften</i>					
Alte Gewerbeschule; Umbau (total 18.0)	0.7	9.0	7.0	1.0	
Alte Gewerbeschule; Neubau (total 10.4)	–	0.2	0.2	6.0	4.0
<i>Bereich Jurisprudenz- und Wirtschaftswissenschaften</i>					
Neubau oder Erwerb einer Liegenschaft (total 60.0)		1.5	1.5	10.0	17.0
<i>Universitätsbibliothek</i>					
Planung Erweiterungsbau (1.5 Mio.) und Realisierung		0.5	0.5	0.5	2.0
<i>Abbau von Fremdmieten</i>					
Kauf Klingelbergstrasse 27 (total 10.0)	10.0				
Total	12.7	16.2	18.2	30.5	40.0
Davon Bundessubventionen (ca. 20 %)	2.5	3.2	3.6	6.1	8
Netto-Investitionskosten z.L. BS und BL	10.2	13.0	14.5	24.1	32.0

8.3. Zusammenfassung Immobilien

In die Leistungsvereinbarung sind seitens der Kantone Mittel für den Unterhalt der Universitätsliegenschaften von 14, ansteigend bis ca. 22 Mio. Franken und für grössere Neuinvestitionen im Umfang von 10 bis 32 Mio. Franken einzustellen. Diese kantonalen Mittel werden Bundessubventionen von 4 bis 11 Mio. Franken auslösen. Insgesamt wird so der regionalen Wirtschaft ein Auftragsvolumen von 30 bis 60 Mio. Franken pro Jahr zufließen.

Tab. 5: Übersicht Immobilien

Zusammenfassung (Mio. Franken)	Stand 2003	Eckwerte 2004	2005 vs. 2004	2008 vs. 2004
Unterhalt bzw. Immobilienfonds	ca. 15.0	15.4	2.0	8.0
Einzelvorhaben	10.0	10.2	3.5	27.3
Total	25.0	25.6	5.5	35.3

9. Antrag an die Regierungen

Der Universitätsrat schlägt vor, mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eine diesem Bericht entsprechende Leistungsvereinbarung für die Jahre 2005–2008 abzuschliessen und den Kanton Basel-Landschaft in geeigneter Form daran zu beteiligen.

Darin verpflichtet sich der Universitätsrat,

- sich für eine leistungsfähige, wissenschaftlich erfolgreiche, für die Universitätsangehörigen und die Region attraktive Universität einzusetzen
- die Qualität in Lehre, Forschung und Dienstleistungen zu fördern,

- die Einführung „Bologna“-kompatibler Studiengänge in der Vereinbarungsperiode abschliessen,
- das Fächerangebot gemäss den Erläuterungen dieses Berichts zu entwickeln,
- Allokationsmechanismen einzuführen, welche Leistung und Nachfrage stärker berücksichtigen,
- eine, über die Jahre gesehen, ausgeglichene Betriebsrechnung sicherzustellen,
- die Transparenz der universitären Finanzen und ihrer Leistungen zu garantieren,
- sowie schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen sicherzustellen.

Die Regierungen machen folgende Zusagen:

- Fortführung der in den geltenden Verträgen vereinbarten Betriebsmittel,
- Erhöhung des Globalbeitrags um 11 Mio. Franken, entsprechend dem verbleibenden Fehlbetrag nach Verrechnung der Eigenleistung der Universität,
- Überführung von 6 Mio. Franken in den Globalbeitrag, entsprechend bisher der Betriebsrechnung der Universität belasteten Fremdmieten,
- Neu-Äufnung des Erneuerungsfonds im Ausmass der bereits disponierten Mittel (6 Mio. Franken),
- Erhöhung des jährlichen Beitrags an den Immobilienfonds,
- Bereitstellung der von der Universität benötigten Raumkapazitäten,
- Berücksichtigung der universitären Bauprojekte in der Investitionsplanung der Kantone,
- Festlegung eines Zeitplans für die Definition der Finanzströme und die Übertragung der Verantwortung in Bezug auf die Medizinische Fakultät an die Universität.

Basel, 6. April 2004

Für den Universitätsrat:

Dr. Rolf Soiron, Präsident

lic.phil. Joakim Rüegger, Sekretär